

# Zukunft: Familie.





Philipp Mißfelder MdB (Hrsg.)

Zukunft: Familie.

Zukunft: Familie.

Philipp Mißfelder MdB (Hrsg.)  
für den Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands

ISBN 978-3-923632-14-5

Redaktion: Dr. Stefan Ewert, Alexander Humbert, Julia Lüdecke

Produktion: Junge Union Deutschlands  
Satz und Layout: Tessa Heikamp  
Umschlaggestaltung: Tessa Heikamp, Jördis Zähring  
Printed in Germany 2010

© 2010 Junge Union Deutschlands

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags,  
der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomecha-  
nischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

# Inhalt

Familienland Deutschland <i>Philipp Mißfelder MdB</i>	Seite 8
Familienpolitik im Zeichen des C: Politik für den Zusammenhalt der Gesellschaft <i>Dr. Kristina Schröder MdB</i>	Seite 14
Stärkung der Familie – ein Dauerauftrag <i>Erzbischof Dr. Reinhard Marx</i>	Seite 20
Die Bedeutung der Familie für unser Zusammenleben in einer freiheitlichen Gesellschaft <i>Dr. Hans-Gert Pötering MdEP</i>	Seite 28
Vertraut und verlässlich. Die Renaissance der Familie <i>Prof. Dr. Horst W. Opaschowski</i>	Seite 36
Schwerpunkte zukunftsgerichteter Familienpolitik aus Sicht der jungen Generation <i>Dorothee Bär MdB, Nina Warken und Jessica Meyer</i>	Seite 42

Das Hauptproblem ist: Die Deutschen  
bekommen zu wenig Kinder  
*Dr. Peter Tauber MdB* Seite 46

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf:  
eine Zukunftsfrage!  
*Johannes Pöttering* Seite 54

Ordnungspolitische Rahmenbedingungen  
für das Familienunternehmen  
*Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes* Seite 62

Was wir jetzt brauchen: Leitkultur statt  
Multikulti  
*Henrik Bröckelmann und Younes Ouagasse* Seite 68



## Familienland Deutschland

Der Familie als Basis unseres Gemeinwesens ist in diesem Jahr der Leit-antrag des Deutschlandtages der Jungen Union gewidmet. Unter dem Titel „Familienland Deutschland“ werden darin konkrete Maßnahmen beschrieben, die junge Generation frühzeitig in ihrem Wunsch nach Kindern zu unterstützen, Eltern bei der Erziehung zu stärken und echte Wahlfreiheit für Familien zu erreichen. In den vergangenen Jahren ist Deutschland auf dem Weg zu einer kinder- und elternfreundlichen Gesellschaft weit vorangekommen, doch die unionsgeführte Bundesregierung bleibt aufgefordert, die ideellen und finanziellen Rahmenbedingungen für Familien weiter zu verbessern, Kinderarmut zu bekämpfen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Für die Junge Union sind Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Familie unveränderbare Kernstücke ihrer Politik. Nicht die rundum betreute Familie ist das Ziel, sondern die eigenverantwortliche Elternschaft und die eigenständig handelnde Familie. Junge Eltern wissen am besten, was gut und richtig für ihr Kind ist.

Die Familie als beständigste Form des Zusammenlebens zu schützen und in ihrer Funktion als Grundlage unseres Miteinanders zu bewahren, ist eines der zentralen Anliegen der Jungen Union. Auf das christliche Menschenbild übertragen, bedeutet Familie die Verwirklichung der drei Grundprinzipien Personalität, Subsidiarität und Solidarität. Ohne die Familie als generationenübergreifenden Verbund, in der grundlegende Werte wie Nächstenliebe, Anteilnahme, Vertrauen, Rücksichtnahme und vor allem gegenseitige Verantwortung vermittelt werden, hat unser Land keine Zukunft.

CDU und CSU sind seit jeher die Familienparteien in Deutschland. Aus Sicht der Jungen Union muss diese Kernkompetenz der Union weiterhin als Alleinstellungsmerkmal ausgebaut werden. Hier ist es in den vergangenen Jahren gelungen, mit einer modernen Familienpolitik insbesondere seit der Übernahme des Familienministeriums durch die Union nach dem Regierungswechsel im Jahr 2005 auch konkrete Verbesserungen für

junge Familien zu erreichen. Die Erziehungsleistung junger Eltern, ihre Kinder auf ihren Lebensweg vorzubereiten, wird nun deutlich stärker anerkannt und als gesellschaftspolitische Aufgabe wahrgenommen. Die Familienpolitik insgesamt ist dank der damaligen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen wieder in den Mittelpunkt gerückt, nachdem die rot-grüne Bundesregierung diese Thematik vernachlässigt hat. Das klare Bekenntnis zur Familie hat einen Mentalitätswandel eingeleitet, der sich beispielsweise im erfolgreich eingeführten Elterngeld sowie im für das Jahr 2013 geplanten ebenso wichtigen Betreuungsgeld widerspiegelt. Der bedarfsgerechte Ausbau qualitativ guter und zeitlich flexibler Betreuungs- und Erziehungsangebote gehört ebenfalls dazu. Dies alles sind wichtige Maßnahmen, die die Unterstützung der Jungen Union haben.

Doch trotz einer jährlichen Familienförderung von insgesamt mehr als 150 Milliarden Euro setzt sich der demografische Abwärtstrend in Deutschland seit dem „Pillenknick“ Mitte der 60er Jahre kontinuierlich fort. Im Jahr 2009 war die Anzahl der Neugeborenen so niedrig wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Heute kommen in unserem Land nur noch halb so viele Kinder zur Welt wie im Babyboom-Jahr 1964. Zugleich wurden allerdings mehr als 110.000 Abtreibungen im zurückliegenden Jahr vorgenommen. Diese dramatisch hohe Zahl ist ein Alarmsignal für die gesamte Union, die dem „C“ verpflichtet ist. Sie verdeutlicht, wie wichtig der Schutz des ungeborenen Lebens und die Aufklärung Schwangerer bleibt. In den elementaren Fragen der Ethik müssen eindeutige Grenzen des menschlichen Tuns gezogen werden. Die Junge Union hat daher schon früh ein Verbot von so genannten Spätabtreibungen gefordert<sup>1</sup>. Auch Maßnahmen wie die Präimplantationsdiagnostik müssen überaus kritisch gesehen werden.

Der schon längst wirkende demografische Wandel zeigt mit großem Eindruck, dass es wichtiger denn je ist, die Rahmenbedingungen für junge Familien weiter zu verbessern. Um Eltern echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, müssen die vielfältigen Bedürfnisse der Mütter, Väter und Kinder in das Zentrum der Familienpolitik rücken. Denn eine kinderfreundliche Gesellschaft ist zugleich eine elternfreundliche Gesellschaft, die die Anliegen und Wünsche von Müttern und Vätern berücksichtigt. Hierzu sind

<sup>1</sup>Vgl. Beschluss des Deutschlandtages 2007 in Berlin

verschiedene Ansätze und Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen politischen Handelns notwendig: Dass etwa kinderreiche Familien in Großstädten Schwierigkeiten haben, eine passende Wohnung zu finden, muss sich ändern. Sowohl beim Wohnen, in der Freizeitgestaltung, der Anpassung der Verkehrsinfrastruktur oder bei der Kultur muss es spezielle Angebote geben, die auf die besonderen Bedürfnisse von Familien mit Kindern zugeschnitten sind.

Ein wesentlicher Aspekt moderner Familienpolitik ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ziel ist dabei nicht das arbeitsplatzfreundliche Kind, sondern der kinderfreundliche Arbeitsplatz. Die Pflicht für die Sorge und Erziehung von Kindern liegt bei den Eltern. Jedoch sollten diese die Möglichkeit haben, je nach ihren individuellen Lebensentwürfen, eine passende Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind zu wählen. Gerade in großen Ballungszentren fehlt es daran oft. Die Junge Union befürwortet daher das Ziel, ab 2013 Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz einzuräumen und dafür die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Zudem muss das Betreuungsangebot bedarfsgerecht der Erfordernisse des Berufsalltags angepasst und insgesamt flexibler werden. Wichtig ist es, die Vielfalt von Kindergärten in staatlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft zu erhalten und möglichst zu erweitern. Dazu gehört ebenso der Ausbau von Betriebskindergärten oder auch von Betreuungseinrichtungen an Universitäten. Künftig wird es darum gehen, dass jedes Kind frühzeitig die Möglichkeit bekommt, seine Talente und Begabungen frei zu entfalten, um gut ausgebildete Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Hier sind in erster Linie die Eltern, aber auch Kindergärten und Schulen als Bildungsorte in der Verantwortung, die Kinder anzuregen, Neugier zu entwickeln und ihnen Freude am eigenständigen Lernen zu vermitteln.

Begleitend zum vorliegenden Leitantrag steuern Autoren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Band ihre Ideen zum Thema „Familie“ bei. Dabei geht es darum, sich dieses umfassenden Bereichs aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu nähern, Anregungen zu geben und die politische Debatte im Vorfeld des Deutschlandtages zu ergänzen. Familienministerin Dr. Kristina Schröder MdB befasst sich in ihrem Bei-

trag mit der Familienpolitik im Zeichen des „C“, die die Vielfalt der Lebensentwürfe respektiert. Gleichwohl bleibe die Ehe die stabilste Form von Beziehung und stehe daher unter besonderem Schutz durch das Grundgesetz. Eine solche Familienpolitik sieht die Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen und der Gesellschaft als zentrale Gestaltungsaufgabe. Ziel sei es, Menschen die politische Unterstützung zu geben, die sie brauchen, um ihrer Verantwortung gegenüber ihrer Familie und ihrem Umfeld gerecht zu werden. Von maßgeblicher Bedeutung seien dabei die Strukturen unserer Arbeitswelt – es dürfe nicht sein, dass junge Eltern Gehaltseinbußen und schlechtere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten hätten. Unsere Gesellschaft brauche faire Chancen für alle: Sowohl für diejenigen, die nach dem klassischen Familienbild leben wollen, aber auch für diejenigen, die sich dazu entschließen, Karriere und Kind miteinander zu vereinbaren.

Dr. Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising, setzt sich kritisch mit der aktuellen Familienpolitik auseinander. Er plädiert für eine Stärkung der Familie und Mut zur Familie. In Zukunft werde es eine der wichtigsten Aufgaben der Politik und der Gesellschaft sein, junge Menschen wieder zu ermutigen, das Wagnis einzugehen, sich zu binden und eine Familie zu gründen. Hier bedürfe es eines breiten Angebots der Begleitung, Bildung und Unterstützung, um Probleme aus dem Weg zu räumen und auch schwierige Phasen des Familienlebens erfolgreich zu meistern. Die Kirchen und Wohlfahrtsverbände stellten bereits verschiedene Beratungsdienste, Hilfs- und Bildungsangebote bereit. Die Politik sei aufgefordert, diese zu vermehrt fördern.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und früherer Präsident des Europäischen Parlaments, betont in seinem Artikel die grundsätzliche Bedeutung der Familie für das Zusammenleben in einer freiheitlichen, dynamischen Gesellschaft. Dabei erläutert er die Herausforderungen junger Eltern vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen und verweist auf die politische Notwendigkeit, die Familie als generationenübergreifendes Netzwerk zu bewahren.

Der Zukunftsforscher Prof. Dr. Horst W. Opaschowski entwickelt in sei-

nem Beitrag Grundzüge eines erweiterten Verständnisses von Familie, in der in den kommenden Jahrzehnten vor allem die Beziehungen zwischen den Generationen an Bedeutung gewinnen. Zugleich sieht er die Familie nach wie vor als Institution, die dem Einzelnen Ansehen, Sicherheit und Geborgenheit vermittelt.

Familienpolitik aus junger Perspektive vermitteln die beiden stellvertretenden JU-Bundesvorsitzenden Dorothee Bär MdB und Nina Warken sowie JU-Bundesvorstandsmitglied Jessica Meyer. Ihre Vorschläge, die sich auch im Leitantrag der Jungen Union wiederfinden, zielen darauf ab, jungen Menschen die Entscheidung für ein Leben mit Kindern zu erleichtern und Familien dabei unterstützen, ihr Leben mit Kindern nach eigenen Vorstellungen einzurichten.

Dr. Peter Tauber MdB nimmt die gesunkene Geburtenanzahl zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Junge Menschen bräuchten ideelle, aber auch materielle Anreize zur Gründung einer Familie. Entscheidend sei es, Strukturen zu schaffen, die den Kindern eine Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet.

Johannes Pöttering, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union, rückt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt. Er fordert hierzu Anstrengungen auf allen Ebenen, weist aber darauf hin, dass es keine Patentlösungen geben können, sondern es auf den Realismus, die Kreativität und die Flexibilität von Eltern, der Politik und der Wirtschaft ankomme.

Einen ganz anderen Fokus hat der Beitrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Brunhagen Hennerkes, Vorsitzender der Stiftung Familienunternehmen. Jenseits der klassischen Familie in sozialen Zusammenhang setzt sich der Autor mit den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen von Familienunternehmen. Dieser zumeist mittelständische „Familienverbund“ ist für unser Land von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung.

Der aktuellen Frage der Integration durch Bildung widmen sich abschließend Henrik Bröckelmann, Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen

Union, und der frühere Bundesvorsitzende der Schüler Union, Younes Ouqasse. Beide sprechen sich für frühzeitige und verpflichtende Sprachförderung aus, damit Integration gelingt.

*Philipp Mißfelder MdB ist Bundesvorsitzender der Jungen Union und seit 2008 Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands.*

## Familienpolitik im Zeichen des C: Politik für den Zusammenhalt der Gesellschaft

Es niemandem recht machen zu können, gehört in einer pluralistischen Demokratie gewissermaßen zum Jobprofil des Politikers. Was den einen zu wenig ist, geht den anderen zu weit, und die Kunst des politischen Kompromisses besteht darin, „den Kuchen so zu teilen, dass jeder meint, er habe das größte Stück bekommen“. Mit dieser Empfehlung von Ludwig Erhard allerdings kommt man als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht weit. Denn hier scheiden sich die Geister schon am privaten Lebensentwurf der jeweiligen Amtsinhaberin. Als beruflich erfolgreiche Mutter von sieben Kindern macht man sich in diesem Amt ebenso eines falschen Familienbildes verdächtig wie als ledige oder frisch verheiratete, jedenfalls kinderlose Frau, ganz so als könne man allein aufgrund der eigenen Lebenssituation keine Politik für Menschen machen, die sich in einer anderen Lebenssituation befinden. Wenn man diesen Gedanken konsequent zu Ende denkt, dann dürfte das Ressort für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nur an Politiker gehen, die weiblich sind, eine dem deutschen Durchschnitt entsprechende familiäre Situation vorweisen können – das wären dann 1,38 Kinder – und sich sowohl zur Jugend als auch zur Gruppe der Senioren zählen dürfen.

Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Diskussion über persönliche Lebensentwürfe und familiäres Zusammenleben absurde Züge annimmt. Kaum eine familienpolitische Debatte der letzten Jahre kam ohne die Diskreditierung mindestens eines, mit erhobenem Zeigefinger kritisierten Lebensentwurfs aus. Die Forderung nach der „Lufthoheit über den Kinderbetten“ gehörte ebenso zu den schrillen Höhepunkten des familienpolitischen Diskurses wie die Klage über die angebliche Degradierung von Frauen zu „Gebärmaschinen“ oder der Vorwurf, Feminismus und Emanzipation hätten Frauen „vermännlicht“ und durch den Zwang zur Selbstverwirklichung für ihre natürliche Mutterrolle unbrauchbar gemacht.

Wie kommt es, dass Debatten über Rollen- und Familienbilder regelmäßig Züge eines Kulturkampfes annehmen? Sind anklagende Töne und apodiktische Thesen nur die unvermeidliche Begleitmusik eines radikalen gesellschaftlichen Wandels? Oder ist die Aufregung gerechtfertigt, weil grundlegende Werte unseres Zusammenlebens auf dem Spiel stehen – und damit Werte, die wichtiger sind als die Wahlfreiheit von Frauen und Männern, von Paaren und Familien?

Die scheinbar unversöhnlichen Gegensätze, die hier aufeinander treffen, haben vermutlich damit zu tun, dass mentale Muster, die lange zum Kernbestand des gesellschaftlichen Konsenses gehört haben, sich nur langsam verändern und den Veränderungen der Rahmenbedingungen meist hinterher hinken. Tatsächlich ist kaum ein anderes Politikfeld stärker vom gesellschaftlichen Wandel betroffen als die Familienpolitik. Die demographische Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis der Generationen untereinander. Die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt, in der Flexibilität, Mobilität und lebenslanges Lernen unverzichtbar geworden sind, verändern familiäre Strukturen und Beziehungen. Das Internet prägt die Art und Weise, wie wir Bindungen eingehen und aufrecht erhalten. Und die von Soziologen mit dem Schlagwort „Individualisierung“ bezeichneten gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse haben entgegen vielfacher Befürchtungen zwar nicht zur Krise der Familie geführt, aber zu einer Vielfalt von Familienformen, die sich keinem einheitlichen Familienleitbild mehr zuordnen lassen.

Auf diese Veränderungen hat die Familienpolitik in den letzten Jahren reagiert. So steht beispielsweise bei der Familienförderung heute nicht mehr nur das Geld im Mittelpunkt, weil sich mit dem Ende der klaren Teilung zwischen (mütterlicher) Fürsorge und (väterlicher) Ernährerrolle ein Bedürfnis nach besserer Infrastruktur und partnerschaftlich geteilter Familienzeit entwickelte. Für viele jedoch stand damit gleichzeitig ein über Jahrzehnte gepflegtes Familienleitbild zur Disposition. Denn natürlich orientierten der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die Einführung von Elternzeit und Vätermonaten sich an den Bedürfnissen derjenigen Mütter und Väter, die sich für das gemein-

same Vereinbaren von Familie und Beruf und damit gegen die klassische Rollenverteilung in der Familie entscheiden – an Bedürfnissen, die, nebenbei bemerkt, lange ignoriert wurden. Diese politische Anerkennung neuer gesellschaftlicher Realitäten betrachten gerade gläubige Menschen manchmal schlicht als eine Anbiederung an den Zeitgeist, für die man die Diskreditierung der Hausfrauen-Ehe und den Angriff auf das konservative Familienleitbild allzu leichtfertig in Kauf nimmt.

Bisher ist es uns nicht gelungen, das – echte oder auch nur vermeintliche, auf jeden Fall vielfach wahrgenommene – Spannungsverhältnis zwischen Familienwirklichkeit und Familienwerten auf eine Art und Weise aufzulösen, die eine an den Bedürfnissen von Kindern und Eltern orientierte Diskussion ermöglichen würde. Das ist bedauerlich, denn allen Unkenrufen zum Trotz suchen die Menschen – das belegen Umfragen – nach wie vor nach stabilen Beziehungen und sehnen sich nach familiärem Zusammenhalt gerade in Krisenzeiten. Damit ist das Reservoir an Gemeinsamkeiten aber auch schon erschöpft. Denn so unterschiedlich die Bedürfnisse von Familien, so unterschiedlich sind auch die Erwartungen, was die Unterstützung durch den Staat betrifft. Eine Familienpolitik „von der Stange“, zugeschnitten auf ein wie auch immer geartetes Familienbild, geht deshalb immer an der Lebenswirklichkeit einer mehr oder minder großen Zahl von Müttern, Vätern und Kindern vorbei. Deshalb brauchen wir eine auf die Vielfalt von Lebensentwürfen ausgerichtete Familienpolitik, die auf einseitige Familienleitbilder und Rollenzuweisungen verzichtet. Wie könnte eine solche konzeptionelle Neubestimmung einer Familienpolitik im Zeichen des „C“ aussehen? Dazu einige grundsätzliche Überlegungen:

Erstens: Eine Familien- und Gesellschaftspolitik im Zeichen des „C“ respektiert die Vielfalt gleichberechtigter Lebensentwürfe. Verabschieden sollten wir uns von der Vorstellung, Familienwerte könnten nur in einer ganz bestimmten Form familiären Zusammenlebens gelebt werden. Warum nicht unterschiedliche Formen von Verantwortung zulassen? Als verlässlichster Rahmen für familiäre Verantwortung steht die Ehe zu Recht unter dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes. Doch ob Lebenspartnerschaft oder Lebensabschnittsbeziehung, ob Einverdiener-

Ehe oder Doppelverdiener-Patchwork, ob klassische, vertauschte oder gemischte Rollenverteilung – Menschen können auf vielfältige Weise füreinander Verantwortung übernehmen und füreinander einstehen. Dass Menschen Verantwortung übernehmen, sollte eine Gesellschaft immer unterstützen, unabhängig davon, wie Menschen Partnerschaft und Familienleben gestalten und mit ihren beruflichen Zielen und Verpflichtungen in Einklang bringen wollen.

Zweitens: Eine Familienpolitik im Zeichen des „C“ sieht die Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen und der Gesellschaft als ihre zentrale Gestaltungsaufgabe. Ziel ist es, Menschen die politische Unterstützung zu geben, die sie brauchen, um ihrer Verantwortung gegenüber ihrer Familie und ihrem Umfeld gerecht zu werden – egal, in welcher Lebenssituation sie sich befinden, egal, ob sie berufstätig sind oder nicht, und egal, wie sie sie sich familiäre Aufgaben teilen. Was zählt, ist, dass die Unterstützung denjenigen zugute kommt, die sie brauchen, vor allem den Kindern, insbesondere auch denjenigen, die in einem schwierigen sozialen Umfeld aufwachsen.

Drittens: Nicht Geld, sondern Zeit ist die Leitwährung moderner Familien- und Gesellschaftspolitik. Denn Verantwortungsfähigkeit setzt Zeit für Verantwortung voraus: Zeit, in der Familie füreinander da zu sein; Zeit, sich um Kinder oder um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern; Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren; Zeit, sich im Freundeskreis und in der Nachbarschaft gegenseitig zu helfen. Von maßgeblicher Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Strukturen unserer Arbeitswelt. Es sollte uns zu denken geben, dass familiäre Fürsorgepflichten im Berufsleben immer noch als Handicap gelten. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass unsere Arbeitskultur von einer Leistungselite geprägt ist, die sich deshalb so kompromisslos ihrer Karriere widmen kann, weil sie die Zuständigkeit für Kinder und Küche aus ihrem Leben „outgesourced“ – und das heißt meist: an die Ehefrau delegiert – hat. Die Folge ist, dass Frauen und Männer, die sich als Eltern Zeit für Verantwortung nehmen, dafür mit Gehaltseinbußen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten bezahlen. Was aber bedeutet es für die Verantwortungsfähigkeit des einzelnen und den Zusammenhalt der Gesellschaft, wenn

Zeit für Verantwortung mit beruflichen Entwicklungschancen bezahlt werden muss und wenn nur diejenigen nach ganz oben kommen, die sich keine Zeit für Verantwortung nehmen?

Viertens: Faire Chancen für jeden sind in unserer Gesellschaft die integrierende Kraft. Eine Chancengesellschaft ist der Nährboden für Solidarität und Zusammenhalt. Nur wer selbst eine faire Chance hat, kann Verantwortung für sich selbst und für andere übernehmen. Faire Start- und Bildungschancen für Kinder sind deshalb Leitbild meiner Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Die Chance des einzelnen auf persönliche Entwicklung und gesellschaftlichen Aufstieg ist eine treibende Kraft, die uns alle nach vorne bringt. Menschen brauchen Anlass zum Optimismus und die Aussicht auf Erfolg. Bessere Präventionsinstrumente gegen Frustration, Aggression und soziale Ausgrenzung gibt es nicht.

Fünftens: Jedem eine faire Chance heißt auch: Verschiedenen Lebens- und Familienentwürfen eine faire Chance zu geben. Es wäre schon viel gewonnen, wenn diese These zumindest als Gebot politischer Klugheit von allen Seiten akzeptiert würde. Eine am Leitbild des gesellschaftlichen Zusammenhalts orientierte Familien-, Senioren-, Frauen- und Jugendpolitik integriert, statt zu spalten, und hat deshalb im Hinblick auf das Ziel einer christlichen Verantwortungskultur in unserer Gesellschaft mehr Aussicht auf Erfolg als Grabenkämpfe um Deutungshoheiten und den vorzugswürdigeren Lebensentwurf. Denn solche Diskussionen erlauben keine Kompromisse. Im Gegenteil: Sie verhindern Verständigung. Genau das aber kann gerade nicht im Sinne einer Politik im Zeichen des „C“ sein.

Was aber ist – positiv formuliert – Politik im Zeichen des „C“? Ich würde es so formulieren:

Politik im Zeichen des „C“ ist, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft grundlegenden Werte zu bewahren. Politik im Zeichen des „C“ ist, die nur weltanschaulich begründbaren Werte der individuellen Entscheidungsfreiheit zu überlassen. Und Politik im Zeichen des „C“ ist die Fähigkeit, das eine vom anderen zu unterscheiden. Deshalb ist das Bemühen um die richtige Balance zwischen Verantwortung und Freiheit

essentieller Bestandteil christlicher Politik. Sich darüber in einer pluralistischen Gesellschaft immer wieder neu zu verständigen, erfordert Vermittlungsfähigkeit und Dialogbereitschaft. Daran will ich mitarbeiten.

*Dr. Kristina Schröder MdB ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*

*Erzbischof Dr. Reinhard Marx*

## Stärkung der Familie – ein Dauerauftrag

Es überrascht ein wenig, wenn in schwierigen Zeiten, in denen die Ursachen und Folgen einer der größten Finanz- und Wirtschaftskrisen, die rapide gestiegene Staatsverschuldung und die zunehmend spürbaren Auswirkungen des demographischen Wandels im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit stehen, die Familienpolitik zum Thema des Deutschlandtages der Jungen Union bestimmt wird. Dies ist unzweifelhaft ein gutes Signal, dass die Familie nicht in Vergessenheit gerät, und gleichzeitig Ausdruck der besonderen Wertschätzung, die der Familie als stabilem Fundament unserer Gesellschaft gerade in kritischen Zeiten zukommen soll. Mit Blick auf die jungen Männer und Frauen, Väter und Mütter – auch in ihren Reihen – geht es darum, sich für die Wünsche und Bedürfnisse von Familien einzusetzen und die Stimme für die Familie zu erheben.

Schon Konrad Adenauer hatte bei der Errichtung des Familienministeriums die Stärkung der Familie im Blick. In Anbetracht der wachsenden Überalterung der deutschen Bevölkerung und der Auswirkungen, die eine höhere Lebenserwartung und sinkende Geburtenzahlen nach sich ziehen, führte der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung im Oktober 1953 aus, dass „zunächst die Alten von der geringeren Sozialproduktion, die dann notwendigerweise eintreten muss, betroffen werden. Durch Technisierung und Rationalisierung der Wirtschaft wird man den für unser ganzes Volk im Verlauf einiger Generationen vernichtenden Prozess nicht aufhalten können. Helfen kann nur eines: Die Stärkung der Familie und dadurch Stärkung des Willens zum Kind.“

Dass Adenauer bereits in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Folgen des demografischen Wandels so klar vor Augen hatte, ist umso erstaunlicher, da dieses Bewusstsein erst seit der Jahrtausendwende Eingang in die breiten öffentlichen Debatten über die Zukunft unserer Gesellschaft und die Potentiale der Wirtschaft gefunden hat – eine Entwicklung, in

deren Folge auch die Familienpolitik an Bedeutung gewonnen und ihr Image eines „weichen“ Politikfeldes zunehmend abgestreift hat.

### **Christliches Verständnis vom Menschen**

Damals wie heute ist Ausgangspunkt einer christlichen Familienpolitik das christliche Verständnis vom Menschen, das im Prinzip der Personalität gipfelt. Der Mensch ist mehr als nur Individuum. Er ist von Anfang an eingebunden in soziale Verhältnisse. Das Personsein weist stets auf den anderen hin. Der Mensch ist „Ich“ und „Wir“ zugleich. Bereits am Anfang des individuellen Lebens steht die Beziehung. Der Mensch kommt aus der liebenden Beziehung von Vater und Mutter und wird in sie hineingeboren. Diesem menschlichen Grundbedürfnis nach Liebe, Geborgenheit und Halt entsprechen in besonderer Weise Ehe und Familie. Durch ihren Auftrag, dem Leben zu dienen, bilden sie deren Grundlage. Ehe und Familie öffnen sich auf die Gesellschaft hin und nehmen gesellschaftliche Aufgaben wahr. Im Impulstext „Das Soziale neu denken“ aus dem Jahre 2003 umschreiben die deutschen Bischöfe diese grundlegende Bedeutung mit den Worten: „Die Familie ist die wichtigste soziale Gemeinschaft des Dialogs, des Unterhalts, des gegenseitigen Beistands und des Zusammenlebens. Die Familie eröffnet Beteiligungschancen am gesellschaftlichen Leben. Sie bietet den ersten und weitreichendsten sozialen Schutz, ohne dessen soziale Bindekraft die Gesellschaft überfordert wäre.“

### **Mut zur Familie**

In Zukunft wird es eine der wichtigsten Aufgaben der Politik und der Gesellschaft sein, junge Menschen wieder zu ermutigen, das Wagnis einzugehen, sich zu binden und eine Familie zu gründen. Dies ist eine besondere Herausforderung angesichts der Kluft, die zwischen der immer noch wachen Sehnsucht nach Treue und Stabilität, nach Fairness, nach Solidarität und Verlässlichkeit in Ehe und Partnerschaft und der gesellschaftlichen Wirklichkeit besteht, die vor allem in der Arbeitswelt zunehmend von Flexibilität, Mobilität und Durchsetzungskraft geprägt ist.

Hinzu kommt, dass es eine schwierige Aufgabe für junge Menschen ist, in einer Zeit, in der sie die Grundlagen für ihren Beruf und ihre spätere Karriere legen und in der der Arbeitsplatz keineswegs sicher ist, eine Familie zu gründen und ein Neugeborenes in den Alltag und die Paarbeziehung einzubetten. Aus zahlreichen Beispielen wissen sie, dass es keine Garantie für ein gelungenes Familienleben gibt. Den Weg müssen die Partner mit ihren Kindern gemeinsam finden. Spannungen aushalten, Unterschiede zulassen, Überforderungen annehmen und sich immer wieder neuen Schwierigkeiten stellen gehört unweigerlich zu einem Leben in Ehe und Familie. Ein hohes Maß an sozialen und kommunikativen Fähigkeiten sowie ein Fundament an gemeinsamen Werten und Überzeugungen ist unverzichtbar. Doch hierfür stellt unsere Gesellschaft kaum realistische Orientierungen bereit. Sie schwankt zwischen der Idealisierung von Liebe und Ehe einerseits und der Bestreitung der Möglichkeiten ihres Gelingens andererseits.

Um Ehe und Familie zu fördern, ist es daher nicht nur wichtig, den hohen Anspruch der Partnerschaft mitzutragen und Menschen zu ermutigen sich auf Ehe und Kinder einzulassen, sondern sie gleichzeitig zu unterstützen, ein realistisches Bild von Ehe und Familie zu entwickeln. Flankierend bedarf es eines breiten Angebots der Begleitung, Bildung und Unterstützung, damit mögliche Probleme aus dem Weg geräumt und schwierige Phasen des Familienlebens erfolgreich gemeistert werden können. Die Kirchen und Wohlfahrtsverbände stellen bereits verschiedene Beratungsdienste, Hilfs- und Bildungsangebote bereit. Die Politik ist aufgefordert, diese zu fördern.

### **Familienpolitik heute**

Die eigentliche Kompetenz für die Gestaltung des Familienlebens liegt in der Hand der Familien selbst. Deshalb dürfen auch staatliche Unterstützungsangebote diese ureigenen Familienkompetenzen nicht beschränken, sondern müssen subsidiär ausgestaltet sein. Familie ist nicht verfügbar. Sie steht nicht im Dienst der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik, vielmehr sind diese Politikfelder familiengerecht auszugestalten. Denn wir sind weit entfernt von einer leistungsgerechten

Behandlung der Familien. So plädieren die deutschen Bischöfe immer wieder für eine familiengerechte Reform der Rentenversicherung und für eine stärkere Berücksichtigung der Erziehungsleistungen der Familie im System sozialer Sicherung – nicht weil der demographische Wandel die sozialen Sicherungssysteme vor ungekannte Herausforderungen stellt, sondern weil es ein Gebot sozialer Gerechtigkeit ist. Schon der bedeutende Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning vermisste die Anerkennung und Berücksichtigung des so genannten „generativen“ Beitrags – also der Leistung, die Eltern durch die Geburt und Erziehung von Kindern erbringen.

Dass immer weniger die gesellschaftliche Wertschätzung der von Eltern erbrachten Erziehungsleistung Ziel der Familienpolitik ist, wird vor allem beim Elterngeld deutlich, das seit 2007 anstelle des bis dahin gewährten Bundeserziehungsgeldes in Kraft trat. Das Erziehungsgeld wurde 1986 gemeinsam mit anderen familienpolitischen Instrumenten eingeführt, um die Entscheidung für eine Erwerbsunterbrechung oder für eine verringerte Erwerbstätigkeit im Sinne eines Nacheinanders von Familienzeit und Beruf zu erleichtern sowie einen Teil der entstehenden Kosten auszugleichen. Außerdem sollte die elterliche Erziehungs- und Versorgungsleistung durch Staat und Gesellschaft Anerkennung finden.

Mit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 vollzog sich allerdings eine grundlegende Neuausrichtung. Denn Ziel des Elterngeldes mit Lohnersatzfunktion ist es nicht nur, den durch die Geburt und Betreuung des Neugeborenen entstehenden Einkommensverlust auszugleichen und die auch oft finanziell schwierige Familiengründungsphase zu unterstützen. In Verbindung mit einem quantitativ und qualitativ guten außerfamiliären Betreuungsangebot eröffnet es bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zwar im Dienst einer nahezu durchgängigen Erwerbstätigkeit. Des Weiteren dient es als Instrument der Gleichstellungspolitik, indem die wirtschaftliche Selbstständigkeit beider Elternteile gestärkt wird und Väter über die Inanspruchnahme des Elterngeldes animiert werden sollen, sich stärker an der Erziehung zu beteiligen.

Die aktuellen Überlegungen im Rahmen des Sparpaketes der Bundesregierung, das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger zu streichen und bei geringen Einkommen auf andere Leistungen anzurechnen, holen nach, was bei der Einführung des Elterngeldes nur mühsam verhindert werden konnte. Die einkommensschwachen Eltern waren schon damals die Verlierer der Reform, da die Bezugsdauer auf ein Jahr verkürzt wurde. Doch konnte zumindest ein anrechnungsfreier Sockelbetrag erkämpft werden, um für Familien mit niedrigen Einkommen weitergehende Nachteile gegenüber dem bis dahin geltenden Bundeserziehungsgeld zu vermeiden. Die neuerlichen Sparpläne treffen jedoch wiederum in erster Linie die einkommensschwachen Familien.

Dieses Vorgehen, das der Logik des Elterngelds entspricht, unterstreicht deutlich, dass es beim Elterngeld nicht um die Anerkennung von Familienleistungen geht, sondern um andere Ziele. Die aktuellen Überlegungen verschärfen nicht nur die soziale Schieflage. Sie leisten der Tendenz Vorschub, Erziehungsleistung von Eltern nach ihrer sozialen Herkunft und ihrem Einkommen zu bewerten. Das ist sozialetisch kritisch zu bewerten.

Sicher wachsen zu viele Kinder in schwierigen Verhältnissen auf und oft fehlen ihnen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Lebensweg. Auch wird niemand bezweifeln, dass diese Kinder soweit wie nur möglich unterstützt und gefördert werden müssen, damit sie in Leben und Beruf Perspektiven und Chancen finden können. Hier ist die subsidiäre Unterstützung durch Staat und Gesellschaft notwendig. Aber wenn es um die allgemeinen Leitlinien der Familienpolitik geht, sollte diese Minderheit nicht Maßstab sein. Die gebotene Förderung sollte so erfolgen, dass sie nicht die familiären Entscheidungsspielräume aller in Frage stellt.

Eine neue und nachhaltige Familienpolitik sollte sich dadurch auszeichnen, dass an Stelle standardisierter Lebensläufe ein Angebot unterschiedlicher Möglichkeiten gewährt wird, damit Eltern ihre Vorstellungen von einem Leben in Familie und Beruf verwirklichen können. Das überkommene einseitige Familienbild der (Nur-)Hausfrauenehe sollte nicht

durch ein andererseits gleichermaßen einseitiges „Ideal“, nämlich das der beiderseitig erwerbstätigen Eltern ersetzt werden. Die Herausforderung an die moderne Familienpolitik besteht eben darin, den Eltern Gestaltungsfreiheit zu ermöglichen – auch in dem Sinne, dass die Erziehungs- und Versorgungsaufgabe wahlweise von der Mutter oder dem Vater wahrgenommen werden kann. Dies setzt ein Angebot an unterschiedlichen Möglichkeiten voraus, die nicht zu handfesten Nachteilen führen dürfen, etwa durch staatlicherseits bestimmte gesetzliche Rahmenbedingungen.

### **Zeit für Familie**

Die Familie ist der Ort, an dem Kinder Liebe, Menschlichkeit und Fürsorge erfahren. Eltern bemühen sich, den Erfordernissen und Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden, sie in ihren Anlagen zu fördern und den Herausforderungen der Erziehung in einer unübersichtlichen und pluralistischen Gesellschaft gerecht zu werden. Dabei empfinden Eltern in zunehmendem Maße Zeitprobleme. Es fehlt an Zeit für private Sorge für andere. Eltern brauchen aber Zeit, um ihre Kinder ins Leben zu begleiten, und wenn Angehörige Unterstützung benötigen oder pflegebedürftig werden. Familie ist nur lebbar, wenn die Familienmitglieder gemeinsame Zeit miteinander verbringen und erleben können. So können gemeinsame Essenszeiten Oasen des Alltags sein. Denn es geht in Familien um persönliche Zuwendung und gemeinsame Erfahrungen. Ob Familien zusammenhalten, ob Eltern und Kinder füreinander da sein können, ist in erster Linie eine Frage der Zeit.

Doch die Zeit für privates Leben wird den Anforderungen aus der Arbeitswelt wohl oder übel nachgeordnet. Deshalb müssen bei den Bemühungen, Erwerbsarbeit und Familienarbeit miteinander zu vereinbaren, auch die Lebensqualität der Kinder und ihr Anspruch auf Zeit stärkere Berücksichtigung erfahren. Dabei ist klar, dass die Antworten auf die Fragen, welcher Bedarf an Sorgezeit für Kinder notwendig sei und wie viel elterliche Zeit Kinder brauchen, einem ständigen Wandel unterliegen. Sie sind nicht nur abhängig von gesellschaftlichen Veränderungen, sondern auch von den Lebensphasen der einzelnen Familienmitglieder

und von besonderen Familiensituationen. Heute bedeutet die Stärkung der Familie auch, Wege zu suchen, die dem Wunsch nach mehr Zeit für die Familie nachkommen. Wir sind längst noch nicht an dem Punkt, an dem wir sagen könnten: Die Politik hat die Familien ins Zentrum gerückt!

*Dr. Reinhard Marx ist seit dem Jahr 2007 Erzbischof von München und Freising.*



# Die Bedeutung der Familie für unser Zusammenleben in einer freiheitlichen Gesellschaft

## Familie im gesellschaftlichen Wandel

Wir erleben gegenwärtig gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die mit vielen neuen Freiheiten, steigenden Möglichkeiten, aber auch mit Ambivalenzen, Widersprüchen und neuen Zwängen verbunden sind. Was für die Gesellschaft als Ganzes gilt, bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Familie. Auch die Familie ist Bestandteil dieses Veränderungsprozesses.

Was gegenwärtig geschieht und worauf die Politik relativ spät reagierte, ist eigentlich nichts Neues, das hat es immer gegeben. Es ist der Wandel der Lebensformen, der Lebensstile und die Anpassungsleistung der Familie an veränderte gesellschaftliche Bedingungen. Dabei ist zu beobachten, dass Familienwelt, Lebenswelt und Arbeitswelt immer stärker auseinanderstreben. Daher ist es heute umso wichtiger, die Bedürfnisse von Familien mit einer nachhaltigen Familienpolitik zu unterstützen.

In vergangenen Zeiten hat die Politik wenig um die Entfaltung passender Unterstützungsstrukturen für Familien ringen müssen. Der Grund ist rückblickend relativ einfach: Es war nicht nötig. Die Familienkultur der Industriegesellschaft war selbstverständlich. Die bürgerliche Familie war das Fundament von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Es gab klare Rollenmuster für Männer und Frauen – weitgehend alternativlos. Die Welten waren getrennt, die Rollen unterschiedlich aber komplementär, die soziale Ordnung drinnen und draußen übersichtlich, Lebensverläufe vorhersehbar und geradlinig, alles hatte seinen festen Platz, jeder wusste, was er an dem anderen hatte – und was er von ihm zu erwarten hatte. Die bürgerliche Familie war der „Mainstream“, positiv besetzt und weitgehend ohne Konkurrenz. Daher ist es nicht verwunderlich, dass in den 50er und 60er Jahren rund 95 Prozent einer Altersgruppe verheiratet waren und von diesen wiederum 95 Prozent Kinder hatten. Die Familie

war ein Gewinn für Männer und für Frauen und mit Zeit, Geld und öffentlicher Anerkennung verbunden.

Wenn die Zeit der traditionellen Familie sich nun langsam verändert, dann vor allem deshalb, weil die kulturellen und ökonomischen Verhältnisse andere geworden sind und weil der Wandel von der Industriegesellschaft zur dienstleistungsorientierten Wissensgesellschaft neue Anforderungen an Familien heute stellt. Immer weniger Väter werden zukünftig verlässlich ein Leben lang einen Familienlohn nach Hause bringen. Das hat mit dem Wandel der Arbeitswelt zu tun, die zudem von Vätern eine zunehmende Bereitschaft in Bezug auf Flexibilität und Mobilität erwartet. Immer mehr junge Väter streben auch einen aktiven Anteil in der Erziehung ihrer Kinder an. Nicht nur die große Anzahl von 20 Prozent junger Väter, die das Elterngeld in Anspruch nehmen, weist darauf hin, sondern auch die 30 Prozent der Väter, die auf einen Karriereschritt in ihrem Beruf verzichten haben, um sich stattdessen aktiv in der Familie einzubringen, wie eine aktuelle Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. belegt. Das hat auch mit dem gesellschaftlich-kulturellen Wandel zu tun. Die Bildungsexpansion der Frauen in einer Wissensgesellschaft hat dazu geführt, dass das Lebenskonzept der Frauen über Kinder und Familie hinausgeht. Das hat kulturelle, aber auch ökonomische Gründe. Mit den veränderten Rollenmustern, die ihre Festlegung verloren haben, ist Dynamik in die Lebensbiographien von (Ehe-)Partnern und Eltern gekommen, die mit gestiegenen gegenseitigen Ansprüchen und Erwartungen einhergeht und mit dem Risiko des Scheiterns verbunden ist – wie die hohen Scheidungszahlen zeigen.

### **Familie und Elternschaft in einer freiheitlichen, pluralen Gesellschaft**

Die bürgerliche Familie erhielt ihren gesellschaftlichen Stellenwert nicht zuletzt als Anker in einer unwirtlichen Welt, als einem „Zufluchtsort“, in dem andere Logiken herrschten als in Wirtschaft und Gesellschaft. In diesen Familienbildern stecken tief verankerte Sehnsüchte nach einem Schutz- und Schonraum, nach übersichtlichen verlässlichen Beziehungen. Damit verbundene menschliche Grundbedürfnisse sind heute nicht weniger aktuell. Gleichzeitig haben sich Werte und Prioritäten verändert:

Diese Vorstellung von Familie passt sich heute an die freiheitlichen Vorstellungen einer modernen demokratischen Gesellschaft an. Gleiche Entfaltungschancen der Geschlechter, eine veränderte Eltern-Kind-Beziehung, in der das Kind mit seinen Bedürfnissen Ernst genommen wird, und neue Erziehungsstile, die auf verhandeln, statt auf Anordnungen basieren, haben Einzug in die Familien gehalten.

In der Familie wird das Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen vorrangig geprägt. Kinder erfahren heute in vielen Familien mehr Aufmerksamkeit und Förderung als früher. Die Kinder werden stärker als eigenständige Persönlichkeiten respektiert und genießen mehr Freiheiten. Die Auffassung von Erziehung hat heute einen grundlegenden Wandel erfahren von Gehorsam, Ordnung und Anpassung, hin zu Selbständigkeit und individueller Persönlichkeit, deren Talente und Fähigkeiten es zu entdecken und zu fördern gilt. Mit der Anerkennung kindlicher Selbständigkeit verändert sich auch die Eltern-Kind-Beziehung von einer Autoritätsbeziehung hin zu einem stärker partnerschaftlichen Zusammenleben. Diese qualitative Veränderung im Erziehungskonzept der Eltern basiert nicht zuletzt auch auf der veränderten Bedeutung, die das Kind heute für seine Eltern hat. Mit wachsendem Wohlstand und weniger Kindern haben Kinder keine ökonomische, sondern vor allem eine psychologische, sinnstiftende Bedeutung. Damit vergrößert sich der Entfaltungs- und Freiheitsraum der einzelnen Familienmitglieder, auch in der Hinsicht, Familienformen frei zu wählen, in denen man leben will.

Der Zugewinn an Freiheit und Individualität ist unbestritten ein großer Fortschritt. Die Entwicklung unserer heutigen Gesellschaft zu einer Multioptionsgesellschaft, mit der Steigerung von Möglichkeiten einerseits und den damit verbundenen Risiken andererseits, setzt eine erhöhte Selbstgestaltung und Selbstverantwortung voraus. Daher kommt der Familie in ihrer Aufgabe für Erziehung, Bildung und Betreuung ein neuer Stellenwert zu. In dem Maße, in dem verbindliche Wertorientierungen, klare Regeln, Eindeutigkeiten und tradiertes Erfahrungswissen in der Gesellschaft schwinden, gewinnt Familie als Kompass für Kinder und Elternpaare an Bedeutung.

**Familie als soziales Netzwerk**

Wie verlässlich die Familie als soziales Netzwerk ist, bemisst sich letztlich daran, ob sie im Krisenfall auch die erforderliche Hilfe leistet. Hier zeigt sich ein sehr großes Vertrauen in die Familien. Etwa drei Viertel der Bevölkerung vertrauen auf die Hilfe der Familien in schwierigen Lebenslagen, bei den Eltern mit minderjährigen Kindern sind es sogar vier Fünftel.

Die Familie ist für drei Viertel der Bevölkerung der wichtigste Lebensbereich. Solidarität und Zusammenhalt in Familien sind in Zeiten der Krise besonders bedeutsam. Nach Einschätzung der Bevölkerung bietet die eigene Familie weiterhin einen stabilen Rückhalt in schwierigen Lebenslagen. Interessanterweise ist das Vertrauen in die eigene Familie wesentlich stärker als die allgemeine Wahrnehmung des familialen Zusammenhalts. Während drei Viertel der Bevölkerung den Zusammenhalt in der eigenen Familie als eng/sehr eng empfindet, ist die Außenbetrachtung der Familie eine andere. Nur jeder Fünfte in der Bevölkerung schätzt den familialen Zusammenhalt in den meisten Familien in Deutschland als (sehr) stark ein. Gleiches lässt sich beobachten hinsichtlich der Frage, ob Familien noch genug Einfluss auf Kinder und Jugendliche haben. In der Tat stellt sich für Eltern die Schwierigkeit, ihren Einfluss mit zunehmendem Alter der Kinder geltend zu machen, wenn die Nutzung moderner Medien durch die Kinder und Jugendlichen ihre Bemühungen unterlaufen.

### **Was Familie leistet**

Familie vermittelt als Ort der Geborgenheit und Zuwendung Stabilität, Orientierung und Solidarität in Zeiten zunehmender Verunsicherung. Das angestrebte „Büllerbü“ für die Kinder gerät in einer globalisierten Gesellschaft unter Druck, die Kinder möglichst früh zu fördern, die beste Kita und die beste Schule auszusuchen, damit das Kind beste Voraussetzungen für sein späteres Leben hat. Insofern wird Eltern heute ein Maß an Verantwortung und Mitsprache für ihre Kinder zugewiesen, das es in früheren Elterngenerationen nicht gab und mit dem nicht alle Eltern gleich gut umgehen können. Dies zeigt die 2008 veröffentlichte Studie

der Konrad-Adenauer-Stiftung „Eltern unter Druck“ sehr deutlich.

Eltern sind der Schlüssel für Erziehung und der erste Bildungsort für Kinder. Eltern müssen ihre Kinder heute so erziehen, dass sie sich erfolgreich in eine komplexe Gesellschaft integrieren können und soziale Bezüge in unterschiedlichen Zusammenhängen aufbauen können. Die Weiterentwicklung von beruflichen und familialen Lebensverläufen, das Leben in einer zunehmend ethnisch heterogenen und älter werdenden Gesellschaft stellt auch Familien vor die Herausforderungen, eine neue Balance herzustellen.

### **Familie als Ort der Solidarität zwischen den Generationen**

Familie endet nicht mit dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus. Familiäre Generationenbeziehungen sind längst nicht auf das Verhältnis von Eltern zu Kleinkindern und Jugendlichen beschränkt. Generationenbeziehungen unter Erwachsenen dauern heutzutage länger denn je. Aufgrund der stark gestiegenen Lebenszeit hat sich auch die gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen stark erhöht. Erwachsene Familiengenerationen sind durch vielfältige persönliche Hilfen miteinander verbunden. Die Bandbreite reicht von emotionalem Beistand über die Betreuung von Enkeln bis hin zur Pflege. So leisten viele Erwachsenen ihren Eltern wegen Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit regelmäßig Hilfe oder sogar Pflege, andererseits betreut ein Drittel der Großeltern ihre Enkelkinder. Eine besonders anspruchsvolle und sowohl physisch wie psychisch belastende Hilfeleistung ist die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger. Neun von zehn Pflegebedürftigen werden in Privathaushalten versorgt. Hauptpflegetherpersonen sind mit über 70 Prozent vor allem Frauen. Dies bestätigt die ausgeprägte Generationensolidarität.

### **Pluralität als Herausforderung für Familienpolitik**

Familie ist eine dynamische Form des Zusammenlebens, die auch Veränderungen unterliegt und von kulturellen Vorstellungen und Wertehaltungen ebenso geprägt ist, wie von sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der Gesellschaft. Das Bild der Familie von heute ist pluraler,

vielfältiger und bunter geworden. Zwar leben 73 Prozent der Familien als verheiratete Ehepaare mit Kindern, doch steigt der Anteil der „Patchworkfamilien“, Alleinerziehenden und unverheirateten, mitunter gleichgeschlechtlichen Paaren mit Kindern stetig an. Neben der Ausdifferenzierung der Lebensformen und Lebensstile sind auch unterschiedliche kulturelle Vorstellungen und Leitbilder der Familien mit Migrationshintergrund zu beobachten. Mit der Vielfalt der Familienformen, dem unterschiedlichen Selbstverständnis und den vielfältigen Lebensstilen steht auch die Familienpolitik vor neuen Herausforderungen, wenn sie Familien auch zukünftig stärken will. Diesen veränderten Bedürfnissen von Familien hat sich die Familienpolitik in den letzten Jahren gestellt. Mit einer nachhaltigen Politik reagierte die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode auf die Bedürfnisse von Familien und sorgte für bessere Rahmenbedingungen, um das Familienleben zu erleichtern. Dazu wurden in den vergangenen Jahren Leistungen umgebaut, ausgebaut und neue Regelungen eingeführt. Noch nie sind in einer Legislaturperiode so tiefgreifende Veränderungen für Familien durchgesetzt worden. So wurde der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren beschlossen, mit dem Ziel, bis 2013 für ein Drittel der Kinder Betreuungsplätze zu schaffen.

Grundlage der aktuellen Familienpolitik ist ein Paradigmenwechsel, der sich von seinem traditionellen Verständnis – der materiellen Unterstützung der Kinder im Rahmen des Familienlastenausgleichs – weiterentwickelt. Familienpolitik verstand sich bislang als Sozialpolitik, die auf vergleichbaren Lebenskonzepten und Lebensphasen beruhte. Dies hat sich grundlegend verändert. Familienpolitik in Deutschland setzt heute auf einen Mix aus Geld, Zeit und Infrastrukturen. Damit versucht sie den veränderten Bedürfnissen von Familien Rechnung zu tragen. Familien und Familienleben in Deutschland sind heute vielfältig geworden. Man kann ihnen heute nicht mehr mit einer Maßnahme, die für alle Familien zutrifft, begegnen. Damit Familien die Möglichkeit haben, auch weiterhin die für sie erstrebte Form zu leben, wurden nicht nur die Infrastruktur ausgebaut, das Elterngeld eingeführt mit den Vätermonaten, sondern auch das Kindergeld angepasst. Familien – und Familienpolitik – sind heute kein politisches Randthema mehr, sondern ein zentrales politisches Thema für

die Gestaltung unserer Zukunft.

*Dr. Hans-Gert Pötering MdEP ist seit 2010 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und war von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments.*



## Vertraut und verlässlich. Die Renaissance der Familie

### **Zuhause sein im Vertrauten. Die Familie als verlässliche „Lebensversicherung“ in Krisenzeiten**

Die Familie gilt nicht länger nur als Auslaufmodell des 20. Jahrhunderts. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, zu denen auch Krisenzeiten gehören, verstärkt sich die Suche nach Halt, Heim und Heimat. Die Familie – in welcher Lebensform auch immer – garantiert Ansehen, Sicherheit und Geborgenheit, die kein Prestigeberuf und auch kein Sozialstaat bieten können. Die Bundesbürger zeigen wieder mehr Mut zu dauerhaften Bindungen. Und weil mittlerweile Verlässlichkeit (79 Prozent) mehr zählt als Freiheit (65 Prozent) und Liebe höher bewertet wird (70 Prozent) als Loyalität (54 Prozent), wird die Familie wieder als das Wichtigste im Leben angesehen. Auf sie ist auch in Notzeiten Verlass, weil Beständigkeit – und nicht mehr Beliebigkeit wie in den 80er und 90er Jahren – im Zentrum des Lebens steht.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Menschen die Erfahrung gemacht: Vertrauen kann man nur noch sich selbst – und der Familie. Die Familie ist zum Synonym für Vertrauen geworden – ganz im ursprünglichen Sinne des englischen Wortes „familiar“, das im Deutschen „vertraut“ heißt. Oder in ein Bild gebracht: Familienleben ist Zuhause sein im Vertrauten. Die Familie überlebt offensichtlich alle Krisen und Zeitgeistströmungen. Die Familie ist die beste Lebensversicherung: Sie ist – im positiven Sinne – billig und barmherzig. Sie „fühlt“ sich einfach gut an und hat etwas Unantastbares, das unter keinen Umständen angegriffen werden darf. Sie ist vertraut und verlässlich in jeder Lebenssituation. Diese positive Einschätzung der Bevölkerung scheint kaum mehr steigerbar zu sein. 90 Prozent der Bundesbürger „schwören“ geradezu auf die Familie mit den Worten: „Was auch immer auf uns zukommt. Für mich ist und bleibt die Familie das Wichtigste im Leben.“ Auch die junge Generation stimmt auf das Hohelied der Familie ein.

Die Familie erbringt nachweislich eine doppelte Vorsorgeleistung – eine Kapitalvorsorge und eine Sozialvorsorge. Wenn das Grundgesetz in Artikel 6 die Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt, so findet dies in der doppelten Vorsorgeleistung der Familie seine Begründung. Versicherungsgesellschaften können das nicht leisten. So gesehen erweist sich die Familienförderung als die beste Zukunftsvorsorge der Gesellschaft. Während sich die gesetzliche Rente mehr zu einer Art Zusatzversicherung zurückentwickelt, nimmt die Familie als verlässliche Vollversicherung ihren Platz ein.

Die gesellschaftliche Diskussion zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist bisher viel zu verengt auf eine „2K-Frage“ reduziert worden – so, als würde das Leben nur aus Kindern und Karriere bestehen. Wir brauchen eine andere, eine erweiterte Balance des Lebens: Die „2K“-Frage, in der es zentral um Karriereplanung und Kinderbetreuung ging, muss um die „2A“-Frage erweitert werden – um Arbeit und Altenbetreuung bzw. -pflege. Seit 2007 gibt es deshalb in Deutschland einen Rechtsanspruch, nach dem sich Angehörige von Pflegebedürftigen ein halbes Jahr lang von ihrer Arbeit freistellen lassen können. Die Pflegeleistung von Familienangehörigen spart Geld bei den Pflegekassen, stellt aber auch die Personalpolitik in den Betrieben vor neue Aufgaben. Die Personalpolitik hat es in Zukunft mit einem erweiterten Familienverständnis zu tun, in dem mehr die älteren Generationen und nicht nur die Kinder im Blickpunkt stehen. Die Familie von heute und morgen ist nicht mehr nur ein Ort, „wo Kinder sind.“ Im Verständnis einer modernen Familienforschung und einer nachhaltigen Familienpolitik gilt: Die Familie ist eine Gemeinschaft mit starken Bindungen, in der mehrere Generationen füreinander sorgen.

### **Freunde als Wahlfamilie. Das erweiterte Familienverständnis**

Der demographische Wandel in Deutschland hat einen grundlegenden Einstellungswandel zur Folge. Immer mehr Menschen leben und wohnen im Alter allein. Und weil sie kinder- und enkellos bleiben, sind sie zunehmend auf fremde Hilfe und persönliche Beziehungen und Kontakte angewiesen, wenn sie nicht allein sein wollen. In dieser Situation

werden Freunde immer wichtiger im Leben (2002: 83 Prozent, 2010: 92 Prozent), während gleichzeitig die Berufs- und Arbeitsbeziehungen (2002: 74 Prozent, 2010: 72 Prozent) sowie Religions- und Kirchenzugehörigkeit (2002: 31 Prozent, 2010: 24 Prozent) einen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen.

Die persönliche Zukunftsvorsorge wird in einer Gesellschaft des langen Lebens zu einer Generationenaufgabe ersten Ranges. Neben die Sorge um die eigene Gesundheit und das Wohlergehen der Familie rückt die systematische Pflege der Freundschaftskontakte in das Zentrum des Lebens. In dieser Beziehung sind sich alle einig – quer durch die Berufs-, Sozial- und Altersgruppen. Vor dem Hintergrund einer ständig steigenden Lebenserwartung kann es für die Bundesbürger nicht mehr nur um die Erhaltung des materiellen Wohlstands gehen. Genauso wichtig wird die Sicherstellung des sozialen Wohlergehens bis ins hohe Alter. Die bloße Lebensstandardsteigerung hört auf, das erstrebenswerteste Ziel im Leben zu sein. Lebensqualität wird zum Garanten für ein gutes Leben zwischen Glück und Geborgenheit. Freunde gehören zur unverzichtbaren persönlichen Lebensqualität mit der Begründung: „Freunde sind für mich wichtig, damit ich glücklich und zufrieden bin.“ Für sie gilt: Wer Freude haben will, muss Freunde haben.

Was sich in den 80er Jahren als Tendenz andeutete, wird zunehmend Wirklichkeit: Für drei Viertel der Bevölkerung sind Freunde „eine Art zweite Familie“ – für Familien eine lebensbereichernde Ergänzung, für Alleinlebende ein gleichwertiger Familienersatz. Auch wenn man heute im Internet durch einen bloßen Klick zum „Freund“ werden kann: Virtuelle Beziehungen können echte Freundschaften nicht ersetzen. Freunde sind wie soziale Konvois, hilfreiche Wegbegleiter des Lebens – vor allem dann, wenn sie generationenübergreifend angelegt sind. Die Begründung dafür lautet: „Ich pflege ganz bewusst auch generationsübergreifende Kontakte und habe nicht nur gleichaltrige Freunde.“ Die Freundschaft zwischen den Generationen wird zu einer neuen Beziehungsqualität, auch über größere räumliche Entfernungen hinweg. „Wahlverwandtschaften“ und „Wahlfamilien“ erfahren eine Renaissance. Der demographische Wandel zwingt zum Umdenken. Weil viele Men-

schen im Alter ohne Kinder und Enkel sind, sollten sie sich frühzeitig um nichtverwandte Wahlfamilien kümmern. Dieses erweiterte Familienverständnis gleicht einer Art Adoption: Enkel-, Kinder- und Familienlose werden wie durch Adoption in Wahlfamilien aufgenommen. Das können Haus- oder Baugemeinschaften sein. Eine neue Ära von Generationenhäusern beginnt. Sie wird den Städte- und Wohnungsbau der Zukunft grundlegend verändern: „Alle unter einem Dach – aber Jede(r) für sich.“ Auf Freunde kann man bauen!

Erinnern wir uns: Im 2. Jahrhundert n. Chr. hatten einzelne Adlige Angehörige eines anderen Adelsgeschlechts adoptiert, um so den Fortbestand der Familie und des Adelsgeschlechts zu sichern. Römische Kaiser von Trajan bis Mark Aurel gelangten auf dem Weg über die Adoption zur Herrschaft. Auch im 21. Jahrhundert entstehen durch Wohngemeinschaften und eine Art Adoption neue Wahlfamilien. Enkel-, Kinder- und Familienlose werden wie durch Adoption in Wahlfamilien und -verwandtschaften aufgenommen. Die Wahlverwandtschaft bekommt beinahe die gleiche Bedeutung wie die Blutsverwandtschaft ab. Auf diese Weise entwickeln sich zahlreiche neue Beziehungsverwandtschaften.

### **Mehrgenerationenfamilie im Trend. Die neue Freundschaft zwischen den Generationen**

Vielleicht lebt – wie in früheren Jahrhunderten – der Gedanke des „ganzen Hauses“ wieder auf, weil die Menschen aufeinander angewiesen bleiben und sich mehr selber helfen müssen. Was der Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich von Riehl (1823-1898) vor über 150 Jahren in seinem Grundlagenwerk über „Die Familie“ (1855) als Zukunftsidee prognostizierte, könnte bald Wirklichkeit werden: In wirtschaftlich und gesellschaftlich schwierigen Zeiten wird die Genossenschaftsidee wiederbelebt. Gleichzeitig wird der Familienbegriff um den Gedanken des ganzen Hauses erweitert. Im „ganzen Haus“ haben in Zukunft nicht nur natürliche Familienmitglieder Platz. Auch Enkel-, Kinder- und Familienlose werden im Riehl'schen Sinne wie durch Adoption in die Haus- und Wohngemeinschaft aufgenommen. So können alle ein selbstbestimmtes Leben führen – aber nicht allein. Gemeinsam statt einsam heißt das Wohn- und

## Lebenskonzept der Zukunft.

In einer Gesellschaft des langen Lebens werden die Wohnformen wesentlich von wechselnden Lebensphasen bestimmt und sind immer weniger nur eine Frage des Milieus (soziale Herkunft, Bildung u.a.), des Geldes oder des Anspruchsniveaus. Wenn sich die Formen des Zusammenlebens wandeln, verändern sich auch die Wohn- und Haushaltsformen (z.B. Familienhaushalte, Singlehaushalte, Haus- und Baugemeinschaften). Mit dem Wandel der Lebensphase ändern sich auch die Wohn- und Lebensstile. Das hat mit „alternativ“ wenig zu tun. Es geht mehr um Flexibilisierung statt um Normierung. So gesehen gibt es in Zukunft keine Normalwohnung mehr:

- Mit dem demographischen Wandel hörendie Familie bzw. die Zweigenerationenfamilie auf, Ideal-typus der Gesellschaft zu sein. Der Trend geht zur Mehrgenerationenfamilie – aber nicht immer unter einem Dach.
- Mit der Zunahme der Lebenserwartung muss jede(r) viele und vielfältige Lebensphasen (und damit Wohnformen) durchlaufen. Idealerweise müsste mit jeder neuen Lebensphase das Haus bzw. die Wohnung umgebaut und neu eingerichtet werden. Die Immobilie wird mobil.
- Das Wohnangebot muss in Zukunft für den Zusammenhalt mehrerer Generationen sowie für nicht-familiale Netzwerke (einschließlich Nachbarschaften) förderlich sein.
- „Alle unter einem Dach – aber jede(r) für sich“: Das muss in zukünftigen Mehrgenerationenhäusern möglich sein. „Mehrgenerationen wohnen“ wird wie auch „Lebensgemeinschaft“ in Zukunft neu definiert werden müssen.
- Gemeinschaftliches Älter- und Altwerden wird zur großen Herausforderung für die Wohnungspolitik. „Soziale Konvois“ und „Wahlverwandtschaften“ werden als Lebensbegleiter immer wichtiger.
- Solidarität verliert in Zukunft ihr Opferpathos und wird pragmatischer verstanden. Bis ins hohe Alter Verantwortung für das eigene Befinden tragen und sich weitgehend selber helfen können, um anderen nicht zur Last zu fallen, wird die „neue Solidarität“ im 21. Jahrhundert sein. Sie

ermöglicht Alt-werden mit Familie und Freunden statt Einweisung ins Heim.

- In Zukunft ist mehr bescheideneres Wohnen mit sozialer Lebensqualität als komfortableres Wohnen mit sozialer Isolation gefragt. Und das heißt: Selbstständigkeit, Sicherheit und soziale Geborgenheit. Wohnen wird zur Heimat mit Nestwärme.

Eine Renaissance der Großfamilie in neuer Form zeichnet sich ab: Die neue Mehrgenerationenfamilie gleicht einem verlässlichen sozialen Netz der Sorge und Fürsorge, des Sich-umeinander-Kümmerns einschließlich regelmäßiger Telefon- und Besuchskontakte. Dafür sorgen auch vielfältige Transfers zwischen den Generationen – vor allem Geld- und Sachgeschenke durch die Älteren und mehr persönliche Hilfen und Besorgungen durch die Jüngeren. Die Generationenbeziehungen reißen nicht ab. Eine der nachhaltigsten Ressourcen der Zukunft wird die Freundschaft zwischen den Generationen sein.

*Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, Zukunftswissenschaftler und Berater für Wirtschaft und Politik, ist wissenschaftlicher Leiter der BAT Stiftung für Zukunftsfragen in Hamburg.*

## Schwerpunkte zukunftsgewandter Familienpolitik aus Sicht der jungen Generation

Die Familie war, ist und wird auch zukünftig das zentrale Lebensmodell und Leitbild für unsere Gesellschaft sein. In ihr erfahren und lernen Kinder der Liebe, Zuwendung, Vertrauen, Bindungsfähigkeit, Rücksichtnahme und auch, wie wichtig der Zusammenhalt zwischen den Generationen ist. Trotz aller Veränderungen im Rollenverständnis von Männern und Frauen und der wachsenden Vielfalt von Familienformen ist die Familie immer noch fest im Zentrum unserer Gesellschaft verankert und stabilisiert diese als Fundament jeglichen sozialen Miteinanders.

Wie unsere Gesellschaft in der Zukunft aussehen wird, das bestimmen die Menschen, die sie tragen werden. Wie unsere Kinder erzogen werden, wie sie ausgebildet werden und wie sie ihre Talente entfalten können, davon hängt nicht nur ihr eigener Erfolg, sondern auch der der Gesamtgesellschaft ab.

Eine moderne, zukunftsgewandte Familienpolitik muss daher aus Sicht der Jungen Union alles tun, um Familien zu stärken. Sie muss Rahmenbedingungen setzen, in denen Menschen ihren Wunsch, eine Familie zu gründen, tatsächlich auch verwirklichen. Bislang ist es trotz aller Anstrengungen der unionsgeführten Bundesregierung nicht gelungen, die Geburtenrate zu steigern. Daher müssen wir die Rahmenbedingungen so anpassen, dass sich Familien entfalten und den von ihnen gewünschten Lebensentwurf leben können. Eine zukunftsgewandte Familienpolitik schreibt aber Eltern nicht vor, wie sie ihr Leben mit Kindern organisieren. Die Entscheidung, wie Mütter und Väter gemeinsam in den unterschiedlichen Lebensphasen für das Familieneinkommen, für die Erziehung der Kinder und füreinander Sorge tragen, ist eine zutiefst private Angelegenheit, die die Politik zu respektieren hat.

An welchen Stellschrauben der Staat dreht, um Familien zu unterstützen, richtet sich sehr stark auch nach den Wertvorstellungen der politisch Verantwortlichen darüber, wie stark der Einfluss des Staates auf die Erziehung der Kinder und die Lebensgestaltung der Eltern sein darf.

Für uns als Junge Union Deutschlands sind Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Familie unveränderbare Kernstücke unserer Familienpolitik. Nicht die rundum betreute Familie ist das Ziel, sondern die eigenverantwortliche Elternschaft und die eigenständig handelnde Familie. Wir setzen Vertrauen in die Familie und sind überzeugt, dass Eltern am besten wissen, was gut und richtig für ihre Kinder ist und selbst die Entscheidungen darüber treffen können.

Dem Staat die Elternrolle zuzuweisen, führt in eine Sackgasse. Eine solche Einstellung stellt das Grundvertrauen in die Institution Familie in Frage. Daher ist für uns zum Beispiel die Betreuung von Kleinkindern in staatlichen Betreuungseinrichtungen keineswegs der Königsweg in der Kindererziehung. Kompetente Eltern können das, was in Kinderbetreuungseinrichtungen vermittelt wird, mindestens ebenso gut leisten. Die Junge Union traut Eltern etwas zu und lässt ihnen die Verantwortung für ihre Kinder. Wir vertreten nicht den Irrglauben, die Krippe, der Kindergarten und die Schule werden es schon richten. Wir müssen Eltern ihre Verantwortung und zentrale Bedeutung wieder stärker bewusst machen und ihre unersetzliche Aufgabe zum Wohle unseres Gemeinwesens nutzen und nicht zunehmend klein reden. Nur so ist zu verhindern, dass sie sich verunsichert immer mehr zurückziehen und schließlich selber glauben, dass Kita, der Kindergarten und später die Schule die besseren Erzieher sind.

Was in der Familie versäumt, vernachlässigt oder falsch gemacht wird, ist durch ein noch so gutes Bildungssystem kaum wettzumachen. Es ist daher falsch, wenn heute gerade die Eltern von Bildungsexperten bei der Frage nach gelingender Bildung außen vor gelassen werden, die ernsthaft glauben, dass Bildung allein durch familienexterne Begleitung gelingen kann.

Die eigenen Eltern sind die besten Experten für ihr Kind, und da, wo sie es objektiv nicht sind, müssen wir ihnen auf dem Weg zu ihrem Kind helfen, ohne sie von ihrer Elternrolle selbst auszuschließen. Elternverantwortung, Zuwendung und persönliche Begleitung des eigenen Kindes dürfen dabei auch nicht gegen außerhäusliche Betreuung gesetzt werden. Ebenso wenig wie sie selbst durch eine einseitige staatliche Lenkung mittelbar abgewertet werden darf. Statt Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, gleich dazu anzuhalten, ihre Kinder ein

eine staatliche Betreuung zu geben, wollen wir familienunterstützende Dienste ausbauen, um Eltern stark zu machen. Eltern brauchen gezielte Hilfen, die bereits während der Schwangerschaft beginnen müssen und auf die Übernahme elterlicher Verantwortung vorbereiten.

Im Interesse der Familien müssen Staat und Eltern ihre je eigene Verantwortung tragen: Der Staat unterstützt Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung, nimmt daneben aber auch sein Wächteramt mit Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe wahr.

Für die Junge Union ist gute und zukunftsgewandte Familienpolitik viel mehr als eine Frage des Geldes. Dennoch ist ohne ausreichende materielle Ausstattung kein menschenwürdiges Familienleben möglich. Elterngeld, Kindergeld, steuerliche Freibeträge und der Kinderzuschlag leisten einen wesentlichen Beitrag zur Armutsvermeidung. Daher hat die unionsgeführte Bundesregierung zu Beginn dieser Legislaturperiode trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht sowie die Absetzbarkeit von Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung verbessert.

Kinderarmut tritt bei uns in Deutschland vor allem in Form von Bildungsbenachteiligung, emotionaler und kultureller Armut, fehlender Wertevermittlung und Vernachlässigung auf. Hier muss der Staat insbesondere durch gezielte und möglichst frühzeitige Unterstützungsmaßnahmen helfen.

Eltern, die beide erwerbstätig sein möchten oder sein müssen, hilft der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, an dem sich der Bund finanziell zu einem Drittel beteiligt. Hier ist angesichts der desolaten öffentlichen Haushaltslage und der Dringlichkeit der Sanierung der Staatsfinanzen darauf zu achten, den künftigen Ausbau bedarfsgerecht zu gestalten. Die knappen Ressourcen müssen dafür genutzt werden, die Kapazitäten in der Ganztagsbetreuung sowie die Qualität der Betreuung zu erhöhen. Aus unserer Sicht ist es nicht notwendig, die Kinderbetreuung kostenfrei für alle anzubieten. Kostenfreie Kitas für gering verdienende Eltern sind richtig. Eine generelle Gebührenfreiheit aber geht aufgrund der damit verbundenen Einnahmeausfälle im Regelfall zulasten der Betreuungsqualität.

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind neben ausreichenden

Kinderbetreuungsplätzen auch flexible Arbeitszeitmodelle und die bessere Abstimmung zwischen Arbeitszeiten der Unternehmen und Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen wichtig. Ebenfalls wichtig ist die bessere Vereinbarkeit von Studium und Beruf. Die Betreuung von Kleinkindern lässt sich in der Studienzeit noch wesentlich besser gewährleisten als im späteren Berufsleben. Hier ist ein Mentalitätswechsel erforderlich: Die Haltung, dass junge Paare erst dann eine Familie gründen sollen, wenn sie einen Abschluss in der Tasche haben und in wirtschaftlich gesicherten Verhältnissen leben, hat sich überlebt.

Um echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, unterstützen wir nicht nur die Eltern, die erwerbstätig sein möchten, sondern auch diejenigen, die für die Betreuung ihrer Kinder ihre Erwerbsarbeit unterbrechen. Daher befürwortet die Junge Union die Einführung des Betreuungsgeldes ab 2013 in Höhe von 150 Euro monatlich für die Eltern, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zuhause erziehen wollen. Diese wichtige finanzielle Unterstützung, die den Staat erheblich entlastet – einen Krippenplatz bereitzustellen, kostet deutlich mehr –, darf grundsätzlich nicht in Form von Sachleistungen oder Gutscheinen erbracht werden. Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, brauchen gesellschaftliche Wertschätzung. Kindererziehung muss in erster Linie Aufgabe und Pflicht der Eltern bleiben.

Als Junge Union plädieren wir zudem dafür, die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und die Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der Rente beizubehalten.

Mit all den genannten Instrumenten wollen wir Familien dabei unterstützen, ihr Leben mit Kindern nach eigenen Vorstellungen einzurichten und jungen Menschen, die bislang noch keine Kinder haben, die Entscheidung für ein Leben mit Kindern erleichtern.

*Die stellvertretende JU-Bundesvorsitzende Dorothee Bär MdB ist stellvertretende CSU-Generalsekretärin und seit Oktober 2009 Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Nina Warken ist seit 2006 stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union, Jessica Meyer gehört dem JU-Bundesvorstand seit 2008 als Beisitzerin an.*

## Das Hauptproblem ist: Die Deutschen bekommen zu wenig Kinder

### **Was sich an der Familienpolitik ändern muss, damit wieder mehr Kinder geboren werden**

Elterngeld, die Erhöhung des Kindergeldes, ein Milliardenprogramm zum Bau von Ganztagschulen und Kinderkrippen – die Politik hat in den letzten Jahren erkennbare Anstrengungen unternommen, um bessere Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland zu schaffen. Auch in den Ländern wurden vielfältigste Anstrengungen unternommen: Die frühkindliche Bildung rückte in den Mittelpunkt, in einigen Bundesländern entwickelten Sozial- und den Kultusministerien gemeinsam einen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren, der die Übergänge zwischen Kindergärten und Grundschulen so gestaltet, dass die individuellen Fähigkeiten der Kinder besser erkannt, unterstützt und gefördert werden können. Inzwischen setzt sich dieser Ansatz bundesweit durch. Manche Bundesländer haben zudem Programme aufgelegt, um wenigstens ein Kindergartenjahr in den Kommunen gebührenfrei zu gestalten. Ziel war und ist es, möglichst alle Kinder zum Besuch des Kindergartens zu bewegen, um dort neben der Beseitigung eventueller Sprachdefizite auch erste Bildungsgrundlagen zu schaffen. Viele Städte und Gemeinden haben längst gute und vor allem flexibel gestaltete Betreuungsangebote als entscheidenden Standortfaktor im zunehmenden Wettbewerb zwischen den Kommunen ausgemacht. Deutschland stehen aufgrund des vielfach beschriebenen demografischen Wandels dramatische Veränderungen bevor. Und gut beraten ist, wer sich – gerade auf kommunaler Ebene – rechtzeitig darauf einstellt.

Viele der öffentlichen Diskussionen kreisen aber um das Kernproblem, das nur die Wenigsten ansprechen: Wenn es nicht gelingt, den Teufelskreis einer zu niedrigen Geburtenrate zu durchbrechen, dann müssen

wir uns als Deutsche irgendwann überlegen, wem wir dieses Land über-eigenen. Eine solche klare Formulierung wird aber vermieden. Wir reden lieber davon, dass wir weniger, älter und bunter werden. Das ist alles schön und gut, aber es kann nicht ernsthaft das Ziel deutscher Politik sein, uns selbst abzuwickeln! Nur durch Zuzug und Einbürgerung kann kein Staatsvolk auf Dauer existieren. Schon der Hinweis auf die großen Probleme im Bereich der Integration muss hier genügen. Und natürlich ist es richtig, dass selbst ein sprunghafter Anstieg der Geburtenzahlen nichts an den Herausforderungen des negativen demografischen Wandels ändern würde. Doch im Umkehrschluss bedeutet das Ausblenden der weiterhin stagnierenden und zu niedrigen Geburtenrate, dass wir uns damit abgefunden haben, den demografischen Wandel von Generation zu Generation fortzuschreiben. Dies kann aus meiner Sicht nicht Ziel einer Partei sein, die für sich in Anspruch nimmt, eine moderne Familienpolitik gestalten zu wollen.

Darum bin ich der Überzeugung, dass neben allen tagespolitischen und wichtigen Fragen, die der CDU-Leitantrag zum diesjährigen Bundesparteitag oft sehr treffend formuliert, die zentrale Herausforderung deutscher Familienpolitik nicht ausgeklammert werden darf: Die Deutschen bekommen zu wenig Kinder. Die Gründe, warum dies so ist, werden immer wieder diskutiert. Spannend ist nämlich, dass gerade bei der Befragung junger Menschen der Wunsch nach einer Familie und eigenen Kindern als Lebensziel nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Offensichtlich sind aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht so, dass sich diese Menschen zwischen ihrem 18. und dem 30. Lebensjahr in der Lage sehen, ihren Wunsch Realität werden zu lassen. Wenn dem so ist, dann stellt sich zunächst die Frage, ob wir das einfach zur Kenntnis nehmen und uns mit einem Sterbeüberschuss, der 2009 bereits über 150.000 mehr verstorbene als geborene Staatsbürger auswies, abfinden. Ich unterstelle, dass das Ziel einer modernen Familienpolitik nicht nur sein kann, den Familien gute Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern auch den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern – also darüber nachzudenken, welche Voraussetzungen Menschen auf dem Weg zur Familiengründung brauchen.

## Chancen für Kinder

Im Bereich des Familienrechts, in der frühkindlichen Bildung: Überall wird als Kernthese postuliert, dass das Kindeswohl im Mittelpunkt aller Entscheidungen stehen müsse. Dies gilt auch für die Familienpolitik selbst – wobei sich durchaus kritisch anmerken ließe, dass nicht nur das Leben als gut verdienendes Elternpaar mit viel Freizeit, einem großem SUV vor der Tür und einer schick modernisierten Altbauwohnung in Berlin-Prenzlauer Berg für Kinder lebenswert ist. Sonst müsste sich die Frage stellen, wie Kinder in den vorausgegangenen Generationen eigentlich ohne bleibende Schäden groß werden konnten. Eine kindgerechte Gesellschaft ist daher vor allem eine Gesellschaft, in der Kindern mit Blick auf ihre eigene Zukunft eine Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet wird und in der Alleinerziehende und Paare mit Kindern nicht das Gefühl haben, von der Gesellschaft im Stich gelassen zu werden. Es ist die Aufgabe der Erwachsenen – der Eltern wie der Gesellschaft insgesamt –, Kindern solche Chancen zu eröffnen. Diese Chancen müssen Kinder aber auch selbst sehen und ergreifen können. Denn Kinder sind nicht nur Subjekte, sondern selbst handelnde Personen.

An ganz anderer Stelle und in einem anderen Zusammenhang hat Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow sich zur Zukunft des Internets und seiner destabilisierenden Gesellschaftswirkung geäußert. Was hat dieses Thema mit Familienpolitik zu tun? Der Wissenschaftler ermahnte die Politik in seiner Stellungnahme, sich nicht in einer Regelungswut zu ergehen, denn dadurch könne beispielsweise der Wandel der Arbeitswelt nicht bewältigt werden. Auch das Problem, dass manche Eltern das Internet wichtiger als die eigenen Kinder finden, sei so nicht zu lösen. Der Wissenschaftler forderte in einer Anhörung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zunächst eine vernünftige Familienpolitik. Denn ohne Kinder in dieser Gesellschaft, um die man sich zudem nicht wirklich ernsthaft kümmere, werde man gar keine Gesellschaft mehr haben. Dann brauche auch keine Web-Politik mehr betrieben werden. Da müsse angesetzt werden!

## Verantwortung der Eltern – Verantwortung der Gesellschaft

Wo also muss angesetzt werden? Ein Beispiel: Wir reden darüber, ob und wie in den Schulen und Kindertagesstätten den Kindern eine warme Mahlzeit finanziert werden kann. Viele Lehrer beklagen, dass immer mehr Kinder ohne ein Frühstück in der Schule erscheinen. Traut sich jemand, diesen eigentlichen Skandal zu benennen? Es ist Aufgabe der Eltern, dafür zu sorgen, dass die Kinder nicht mit leerem Bauch den Vormittag verbringen müssen. Auch Eltern können und müssen ihren Teil der Verantwortung für Kinder übernehmen. Das muss offen gesagt und eingefordert werden. Die Verwunderung eines Vaters gegenüber der Lehrerin an der Grundschule, für das Beibringen von Regeln sei doch die Schule und nicht er zuständig, zeigt, dass wir hier Probleme haben. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass nach wie vor ein Großteil der Eltern erhebliche Anstrengungen unternimmt, um den eigenen Kindern Perspektiven zu geben. In diesem Spannungsfeld bewegt sich also Familienpolitik. Immer öfter beklagen sich Eltern, warum sie selbst erhebliche Anstrengungen unternehmen, während andere die Verantwortung für ihre Kinder beim Staat abgeben. Aus meiner Sicht ist daher eines entscheidend: Der Staat hat vor allem die Aufgabe, entsprechende Strukturen für Familien zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen gute und verlässliche öffentliche Schulen, Kinderbetreuungsangebote und auch künftig ein vielfältiges Freizeitangebot. Die Nutzung dieser Angebote durch die Kinder liegt aber in der Verantwortung der Eltern. Wenn der Eindruck entsteht, dass die Gesellschaft verantwortlich ist, ob und welche Entwicklung Kinder nehmen, dann haben wir ein Problem. Denn wir wollen den eigenverantwortlichen Bürger, der nur heranwachsen kann, wenn er diese Verantwortung erfährt und erlernt – und zwar von Kindesbeinen an. Darum dürfen einerseits Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Andererseits muss die Gesellschaft bereit sein, künftig einen Schwerpunkt auf die Förderung von Familien legen. Es wird spannend sein, ob eine Gesellschaft, die permanent älter wird und in der die Senioren die größte Wählergruppe stellen, dazu bereit ist.

## **Mehr Kinder für Deutschland?**

Die australische Regierung hat eine Kampagne gestartet, um junge Paare zu ermutigen, Kinder zu bekommen: „Ein Kind für Mama, ein Kind für Papa, ein Kind für Australien“ lautet die kurze Botschaft. Eine Kampagne, die so in Deutschland sicherlich nur schwer möglich wäre, die allerdings in ihrer Aussage einen wahren Kern enthält: Die australische Regierung sagt, dass eine ausreichende Zahl an Kindern für den Fortbestand Australiens als Nation wichtig ist, und verbindet damit zugleich die Botschaft, dass das Land nicht nur Kinder braucht, sondern Kinder in Australien Chancen haben.

Aber sind die Chancen für Kinder im internationalen Vergleich in Deutschland so viel schlechter? Im Gegenteil: Unser Schulsystem ist besser, unsere sozialen Sicherungssysteme ebenso und bei den familienpolitischen Leistungen haben wir wesentliche Aspekte des Vorzeigelandes Frankreich übernommen. Hat es wirklich etwas damit zu tun, wie neulich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der Rubrik „Fremde Federn“ zu lesen war, dass es für die meisten Franzosen eine unerträgliche Vorstellung sei, die Grande Nation sterbe aus? Ist es im Umkehrschluss uns Deutschen egal, ob unsere Nation in der europäischen Völkerfamilie auch künftig einen Platz hat? Wenn dem so ist, dann liegt das vielleicht auch daran, dass die deutsche Politik stets nur um Steuertarife und die Höhe von Sozialleistungen kreist. Viele Menschen erwarten mehr von politischen Debatten. Sie wollen wissen, wie sich unser Land entwickelt, welchen Platz wir Deutschen in der Völkerfamilie und in Europa anstreben. Die Politik ist aufgerufen, deutlich zu sagen, dass wir es als unsere Aufgabe sehen, unser Land so zu gestalten, dass Familie erlebbar ist. Dass wir wollen, dass Menschen in Deutschland Kinder bekommen – auch das darf und muss Politik offen sagen. Gerade weil wir eben nicht wollen, dass die Deutschen aussterben. Wenn Politik sich nicht mehr damit beschäftigt, was unser Land lebenswert macht, warum wir wollen, dass Deutschland eine Zukunft hat, dann muss es uns nicht wundern, wenn Menschen sich nicht damit auseinandersetzen, ob und wie sie einen Beitrag zu dieser Zukunft leisten. Beispielsweise, indem sie Kinder bekommen.

## **Höhere Rentenbeiträge für Kinderlose – Beitragssenkung für Menschen mit Kindern**

Es gibt drei Ebenen, auf denen ein Umdenken erforderlich ist. Wir brauchen für Familien eine vernünftige materielle Grundlage. Und wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bewusstsein, dass gerade auch für diejenigen, die keine Kinder haben, eine Verpflichtung besteht, Familien mit Kindern zu unterstützen. Mit Blick auf die Rentenversicherung darf an dieser Stelle an das Prinzip des Umlageverfahrens erinnert werden: Jeder Beitragszahler spart mit seinen Beiträgen nicht für seine eigene Rente, sondern er zahlt im Prinzip die Rente seiner Eltern. Wer zahlt aber die Rente derjenigen, die keine Kinder haben? Der Ruf nach höheren Rentenversicherungsbeiträgen für Kinderlose ist daher sinnvoll. Allerdings gilt dies nur, wenn im gleichen Atemzug die Beiträge für Paare mit Kindern sinken, ohne dass sich damit deren Rentenanspruch verringert. Dies würde zu einer unmittelbaren Entlastung von Familien mit Kindern gerade dann führen, wenn sie das Geld dringend für die Erziehung des Nachwuchses brauchen.

## **Sozialpolitik für alle Kinder und Jugendlichen**

Familienpolitiker weisen immer wieder darauf hin, dass das bürgerliche Familienbild auch in Deutschland noch keine 200 Jahre alt ist. In den Jahrhunderten vorher galt auch in Deutschland das afrikanische Sprichwort „Das ganze Dorf erzieht ein Kind“. In einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft mit ihren sozialen und ethnischen sowie kulturellen bis hin zu landsmannschaftlichen Unterschieden ist dies ein hoher Anspruch, dem man nicht in jedem Punkt gerecht werden kann und wird.

Aber ein Punkt scheint wichtig: Dem Prinzip folgend, dass das Kindeswohl im Mittelpunkt steht, sollte der Staat bei seinen familienpolitischen Leistungen und auch bei den sozialpolitischen Leistungen für Kinder und Jugendliche darauf achten, dass weitgehend alle in den Genuss dieser Leistungen kommen. Darum ist die Investition in Infrastrukturen richtig, die eben allen Kindern – egal, welcher Herkunft und aus wel-

cher sozialen Schicht – Partizipation ermöglicht. Die Idee, im Zuge der Neuregelung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche, die auf Sozialhilfe angewiesen, stärker auf Sachleistungen zu setzen, ist daher absolut der richtige Schritt. Nur so kann individuell geholfen werden. Es geht darum, Kindern und Jugendlichen Wertschätzung zu vermitteln, und ihnen zu verdeutlichen, dass sie bei eigener Anstrengung erfolgreich ihren Weg gehen können. Dies ist das Ziel einer Sozialpolitik, die nicht dauerhafte Abhängigkeit vom Sozialstaat anerzieht, sondern von jedem Bürger die selbstbestimmte Teilhabe einfordert.

### **Was ist uns der Schutz des Lebens wert?**

Ob wir eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft sind oder werden, hat auch etwas damit zu tun, welchen Stellenwert wir dem Schutz des Lebens an seinem Beginn und an seinem Ende zumessen. Das Sterben alter Menschen in Pflegeheime abzuschieben, ist kritisch zu sehen, denn für eine mitfühlende und mitmenschliche Gesellschaft gehört das Empfinden der Trauer im Todesfall genauso dazu wie die Freude bei der Geburt eines Kindes.

Auch eine weitere Wahrheit spricht kaum jemand offen aus: Gäbe es in Deutschland keine Abtreibungen, dann gäbe praktisch kein demografisches Problem. Freilich ist dieses Zahlenspiel in doppelter Hinsicht zynisch und hier soll auch keine erneute Debatte über die Beweggründe für einen Schwangerschaftsabbruch geführt werden. Aber nachdenklich stimmen sollte diese Zahl schon.

Ein weiterer Punkt ist der öffentlich kaum thematisierte Skandal, dass die genannten Abtreibungen durch die Krankenkassen finanziert werden – was die Schwangerschaft schon per se zur Krankheit, zum Unfall abstempelt. Hingegen wird der Kinderwunsch vieler Paare, die auf eine künstliche Befruchtung angewiesen sind, nicht mehr von den Krankenkassen unterstützt. Dies muss dringend geändert werden. Ebenfalls zu hinterfragen ist, ob die Allgemeinheit die Kosten für eine Abtreibung tragen muss.

## **Worauf es wirklich ankommt – die Familie ist ein konservatives Lebensmodell**

Die CDU Deutschlands will auf ihrem nächsten Bundesparteitag ein Signal setzen. In ihrem Leitantrag steht ähnlich wie bei der Jungen Union die Familienpolitik im Mittelpunkt. Das ist wichtig. Die CDU hat die große Chance, deutlich zu machen, dass das Konzept der Familie durchaus auch heute noch konservativen Wertvorstellungen entspringt. Denn was ist Familie im Kern? Es geht immer wieder darum, Verantwortung füreinander zu übernehmen – Eltern für Kinder, Großeltern für Enkel und natürlich auch umgekehrt. Das Miteinander und das Zusammenleben, die Art und Weise, wie sich Familie organisiert, haben sich in unserer modernen Welt im Vergleich zu den Anfangsjahren der Bundesrepublik dramatisch verändert. Es liegt nun an uns, deutlich zu machen, dass auch heute die CDU die Partei ist, die Menschen, die Familie für eine zentrale Säule in ihrem persönlichen Lebensentwurf halten, ein Angebot macht. Wir wollen, dass Menschen auch künftig füreinander Verantwortung übernehmen. Wo kann man das besser, als in der Familie?

*Dr. Peter Tauber MdB vertritt seit 2009 den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen im Deutschen Bundestag und war von 2003 bis 2009 Landesvorsitzender der Jungen Union Hessen.*

## Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: eine Zukunftsfrage!

Kinder sind der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Die Tatsache, dass seit vielen Jahren zu wenige Kinder in unserem Land geboren werden, verändert nicht nur das Bild, sondern gefährdet langfristig sogar die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dies macht eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich. Eine wesentliche und lange vernachlässigte Bedeutung kommt hierbei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu.

In den vergangenen Jahren wurden große Anstrengungen unternommen, um bessere Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit zu schaffen. Die Betrachtung der einschlägigen Statistiken zeigt, dass dieses auch zu deutlichen Verbesserungen geführt hat. Dennoch ist die derzeitige Betreuungssituation weiterhin ungenügend. Berufstätige Eltern, die einen Betreuungsplatz für ihr Kind suchen, stehen immer noch allzu häufig vor einer kaum lösbar scheinenden Herausforderung. Betreuungsangebote, die ihren beruflichen Bedürfnissen gerecht werden, existieren vielerorts entweder gar nicht, sind lange im Voraus ausgebucht oder für einen Normalverdiener schlichtweg nicht bezahlbar.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Suche nach Maßnahmen und Lösungen darf sich aber nicht allein auf staatlich organisierte oder finanzierte Lösungen beschränken.

### **Was kann der Staat und was muss die Familie leisten?**

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass die Stärkung der Familie zentrales Leitbild christdemokratischer Politik sein muss. Dieses gilt unabhängig davon, ob zumindest ein Elternteil zu Hause bleibt, um für die Kinder da zu sein, oder beide Elternteile Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen oder sogar müssen. Insbesondere Alleinerziehenden

sind häufig auf eine Kinderbetreuung angewiesen, wenn sie nicht von staatlichen Sozialleistungen leben möchten.

Bei der Diskussion über mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten darf es daher nicht darum gehen, der Gesellschaft ein bestimmtes Modell aufzuzwingen oder beide gegeneinander auszuspielen. Eine solche Diskussion schadet der Institution Familie insgesamt. Beide Familienmodelle verdienen gleichermaßen die Unterstützung der Gemeinschaft. Sie bedürfen jedoch Unterstützung unterschiedlicher Art. Natürlich muss dabei gewährleistet sein, dass Eltern, die bewusst zu Hause bleiben, am Ende nicht im Nachteil sind. Wir müssen uns aber auch der Tatsache bewusst sein, dass es eine absolute Gleichbehandlung nicht geben kann und auch nicht sollte. Ein wesentlicher Kern unserer Sozialen Marktwirtschaft ist es, dass nicht jeder dieselbe, sondern diejenige Förderung bekommt, die in seinem Fall erforderlich ist. Und schließlich gilt auch, dass es im Leben vieles gibt, das sich nicht abschließend in Cent und Euro messen lässt.

Bei allen notwendigen Anstrengungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf es nicht unser Ziel sein, den Eltern ein „Rundum-Sorglos-Betreuungspaket“ anzubieten. Die Familie ist als Ort, an dem Kinder durch Eltern, Geschwister oder auch Großeltern Werte wie Liebe, Zuwendung, Rücksichtnahme und Vertrauen erfahren und soziales Miteinander erlernen, nicht zu ersetzen. Familie, wie wir sie verstehen, bedeutet Verantwortung. Diese Verantwortung können und dürfen wir Eltern nicht abnehmen.

### **Bedarfsgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen**

Zentrales Element der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, dass die angebotene Kinderbetreuung wirklich den Bedürfnissen der Eltern entspricht und es ihnen auch tatsächlich ermöglicht, einer Beschäftigung nachzugehen.

Die Betreuung erfolgt in Deutschland zum ganz überwiegenden Teil in Kindergärten. Hier sind in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen erreicht worden. Doch gerade in den westdeutschen Bundeslän-

dern beschränken sich öffentliche Kindergartenangebote immer noch viel zu sehr auf starre Kinderbetreuungszeiten von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr. Bereits diese Angebote werden durch die Kommunen, häufig über die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit hinaus, massiv unterstützt. Wirklich geholfen ist berufstätigen Eltern mit solch unflexiblen Angeboten jedoch kaum.

Mit einem solchen Angebot ist für Kinder ab drei Jahren der viel zitierte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zumeist bereits erfüllt. Die Bundesländer, bei denen die Gestaltung dieses Anspruchs liegt, garantieren vielfach nur vier oder fünf Stunden täglich. Zieht man die Zeit zum Bringen und Abholen der Kinder sowie die Fahrt zur Arbeit hiervon ab, ist dies selbst bei einem 20-Stunden-pro-Woche-Halbtagsjob so gut wie nicht zu organisieren. Berücksichtigt man dann außerdem, dass immer wieder unvorhergesehene Ereignisse dazu führen, dass Eltern den Arbeitsplatz erst später verlassen können, ist die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern für Eltern ein permanenter Drahtseilakt.

Bei der anstehenden Verwirklichung des Betreuungsanspruches für Kinder ab einem Jahr wird es daher ganz vorrangig darauf ankommen, den Bedürfnissen der erwerbstätigen Eltern mit entsprechend praktikablen Zeitmodellen und der notwendigen Flexibilität gerecht zu werden.

### **Wir müssen kreativer und flexibler werden**

Wir sollten das Augenmerk aber nicht nur ausschließlich auf die Schaffung von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten richten. Die Förderung anderer Betreuungsmodelle spielt trotz einiger Fortschritte immer noch eine untergeordnete Rolle und birgt große Potenziale. Und auch ein Miteinander der verschiedenen Modelle muss stärker vorangetrieben werden. Sie sollten nicht nur als Alternativen, sondern vielmehr auch als gegenseitige Ergänzung verstanden werden.

Wir brauchen neben einer besseren finanziellen Förderung von Tagesmüttern auch zusätzliche Anstrengungen, die betreffenden Vorschriften in diesem Bereich so flexibel und unbürokratisch wie möglich zu halten.

Die Qualität der Betreuung muss sichergestellt sein. Wir müssen jedoch aufpassen, dass nicht durch überhöhte – beispielsweise bauliche – Standards Tagesmutterangebote oder auch Kindergärten gefährdet werden.

Auch die mögliche Unterstützung durch das familiäre Umfeld von Eltern mit Kleinkindern sollten wir wieder stärker ins Blickfeld nehmen. Früher war es viel selbstverständlicher, dass sich Verwandte zumindest zeitweise um die Kinder kümmerten. Dieses mag angesichts der der höheren beruflichen Mobilität der Menschen schwieriger geworden sein. Doch auch in Familien, in denen es die räumliche Nähe zulässt, scheint die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe heute nicht mehr so ausgeprägt zu sein. Dennoch gibt es viele Beispiele, bei denen sich etwa Großeltern in wunderbarer Weise um ihre Enkelkinder kümmern. Auch das Zusammenleben von mehreren Generationen unter einem Dach oder im engeren Umfeld sollte hier Perspektiven eröffnen.

### **Mehr Markt in der Kinderbetreuung**

In weiten Teilen Deutschlands sind privatgewerbliche Betreuungsangebote kaum vorhanden. Wenn aber auf der Nachfrageseite nachweislich seit vielen Jahren ein deutlicher Überschuss existiert, die Angebotsseite aber nicht in der Lage ist, entsprechende Angebote zu schaffen, müssen wir die grundsätzliche Frage stellen, ob ein solcher, sehr weitgehend staatlich organisierter und nahezu ausschließlich staatlich finanzierter „Betreuungsmarkt“ überhaupt die richtige Lösung sein kann.

Gegner eines stärkeren Wettbewerbs mit einer Vielzahl privater Akteure mögen einwenden, dass dieses zu „Betreuungsdiscountern“ führen werde. Diese Annahme ist jedoch falsch. Ein funktionierender Wettbewerb würde sich keineswegs alleine auf den Preis beschränken. Stattdessen wären Kriterien wie zeitliche Flexibilität, Ausstattung der Kindergärten und der persönlichen wie fachlichen Eignung des Personals Bestandteil des Wettbewerbs.

Gerade private Kindergärten oder auch selbständige Tagesmütter zeichnen sich heute häufig durch besonders hohe Standards und keineswegs

durch weniger liebevolle Betreuung der Kinder aus. Dabei müssen private Einrichtungen kein Privileg der Besserverdienenden bleiben, wie sie es heute oft sind. Denn die hier meist vorhandenen höheren Preise kommen allzu häufig insbesondere dadurch zustande, dass sie nicht vergleichbar mit den öffentlichen Einrichtungen bezuschusst werden. Um diese Effekte auszuschalten und eine echte Vergleichbarkeit der Leistungen zu gewährleisten, brauchen wir die wirkliche Gleichbehandlung privater und öffentlicher Einrichtungen bei der Förderung.

### **Beitragsfreiheit ist nicht alles**

Die Beitragsfreiheit von Kinderbetreuungseinrichtungen ist auf den ersten Blick ein erstrebenswertes Ziel. Bei genauerem Hinschauen sind jedoch Zweifel an einer Politik angebracht, die es als vorrangiges Ziel ansieht, zwar jedem Kind ein oder mehrere Kindergartenjahre beitragsfrei, dafür aber zu starren Uhrzeiten und somit für viele nicht bedarfsgerecht anzubieten. Gleiches gilt für städtische Förderung, die alleine dazu dient, möglichst günstige Halbtags-Kindergartengebühren anbieten zu können. Denn für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mit dem Einsatz dieser Mittel nur bedingt etwas erreicht.

Dort, wo neben den beitragsfreien Angeboten ausreichend Ganztagsplätze zur Verfügung stehen und Länder bzw. Kommunen über eine entsprechende Finanzkraft verfügen, mag es sich um ein probates Mittel des Standortmarketings handeln. Die Familien werden entlastet und gleichzeitig hierdurch häufig auch anteilig die Kosten der Ganztagsbetreuung gesenkt. Doch wo Ganztagsbetreuung nicht in ausreichendem Maße möglich ist, sollten die Finanzmittel zunächst dafür genutzt werden, um Kapazitäten zu erhöhen. Außerdem erscheint es absurd, wenn insbesondere Bundesländer, die Leistungsempfänger im Länderfinanzausgleich sind, beitragsfreie Kindergartenjahre anbieten und Geberländer sich dies nicht leisten können.

Auch aus anderen Gesichtspunkten sind zumindest moderate Betreuungsgebühren sinnvoll. Dort, wo alles kostenlos ist, wird Wettbewerb und damit ein angebotsschaffender Markt nur schwer entstehen. Außer-

dem ist es gerade die Beitragsfreiheit, die dazu führt, dass sich Eltern, die zu Hause bleiben, vom Staat gegenüber berufstätigen Eltern benachteiligt fühlen. Bei Eltern mit geringerem Einkommen ist es dabei die Aufgabe des Staates, Modelle zu entwickeln, die sie bei den Betreuungskosten so entlasten, dass die Aufnahme einer Arbeit für sie attraktiv bleibt.

### **Unternehmen müssen mehr tun**

Gerade angesichts des drohenden Fachkräftemangels wird das Kinderbetreuungsangebot ein immer entscheidenderes Kriterium für gut ausgebildete Fachkräfte bei der Wahl ihres Arbeitgebers oder auch ihres Wohnorts. Die Unternehmen in Deutschland schätzen die Bedeutung von Familienfreundlichkeit für das eigene Unternehmen zwar zunehmend höher ein. Dennoch haben sie in der Praxis – abgesehen von einer Reihe positiver Ausnahmen – bisher nur unzureichend das Thema Kinderbetreuung und die Gestaltung familienfreundlicher Arbeitsplätze aufgegriffen.

So ist die Zahl der Betriebskindergärten in Deutschland noch immer zu gering. Außerdem sind es zumeist Großunternehmen, die solche Einrichtungen für ihre Mitarbeiter vorhalten. Kooperationen kleinerer und mittlerer Unternehmen, die gemeinsame Betreuungseinrichtungen anbieten, haben hingegen Seltenheitswert. Auch die Zusammenarbeit von Kommunen und Unternehmen muss intensiviert werden. Hier ist Kreativität gefragt. So können Unternehmen oder Unternehmensverbände die Erweiterung bestehender Angebote bei öffentlichen Trägern zugunsten ihrer Beschäftigten finanzieren, um Synergieeffekte zu nutzen. Häufig sind aber selbst die Öffnungszeiten öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen und die Arbeitszeiten in den Betrieben kaum aufeinander abgestimmt.

Darüber hinaus brauchen wir ein Umdenken im Bereich der Arbeitsorganisation. Flexiblere Arbeitszeitmodelle und die verstärkte Einrichtung von zumindest zeitweise nutzbaren Home-Offices wären insbesondere für Eltern eine wichtige Erleichterung. Hier sind die Unternehmen in Deutschland immer noch sehr zurückhaltend.

## Die Rolle der Väter

Natürlich darf in einem Beitrag über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch der Appell an die Väter, sich stärker um die Betreuung ihres Nachwuchses zu kümmern, nicht fehlen. Die „Vätermonate“ waren ein guter Einstieg, um einen Bewusstseinswandel herbeizuführen. Jüngste Erhebungen zeigen, dass immer mehr Väter bereit sind, sich stärker um die Betreuung ihrer Kinder zu kümmern. Dabei stoßen sie in der Praxis aber noch allzu häufig auf mangelnde Akzeptanz bei ihren Arbeitgebern und der Gesellschaft.

Die Vorstellung, dass der Mann die Familie zu ernähren hat, ist auch heute immer noch vorherrschend. Ein Vater, der zu Hause bei den Kindern bleibt, erfährt häufig statt Achtung eher Unverständnis. Und auch im konkreten Berufsleben wird eine „kinderbedingte Lücke“ im Lebenslauf bei Männern wesentlich negativer zur Kenntnis genommen als bei Frauen. Nur wenn sich dieses grundlegend ändert, wird auch die Zahl der Väter, die für eine Zeit ganz oder zumindest teilweise zu Hause bleiben, deutlich steigen.

## Mehr Mut zu frühen Kindern

Eine nicht unwesentliche, aber so gut wie nie thematisierte Frage der Vereinbarkeit von Kindern und Karriere ist die des Zeitpunktes, zu dem man Kinder bekommt. Immer wieder wird beklagt, dass gerade Akademikerinnen häufig entweder keine oder unterdurchschnittlich viele Kinder bekommen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass sie statistisch erst in einem überdurchschnittlich hohen Lebensalter Mütter werden. Dies ist angesichts der beruflichen Wirklichkeit erfolgreicher Frauen auch wenig verwunderlich. Selbst ein kurzes Ausscheiden von nur einem oder zwei Jahren nach der Geburt führt im Beruf allzu häufig zu einem deutlichen Karriereknick.

Stattdessen sind die negativen Folgen eines etwas späteren, dann aber kontinuierlichen Eintritts in das Berufsleben in den allermeisten Fällen deutlich geringer. Wir müssen daher mit der in unserer Gesellschaft weit verbreiteten Vorstellung brechen, dass junge Menschen erst eine Familie

gründen sollten, wenn sie einen „Abschluss in der Tasche haben“ und in „wirtschaftlich gefestigten Verhältnissen“ leben.

Ein wichtiger Punkt ist es, die Vereinbarkeit von Studium und Familie deutlich zu verbessern. Die Betreuung von Kleinkindern, die besonders aufwendig ist, lässt sich in dieser Zeit noch wesentlich besser gewährleisten. Hierfür brauchen wir an den Hochschulen flexiblere Lehrpläne für junge Eltern, eine deutliche Ausweitung der Kinderbetreuung sowie auch eine besondere finanzielle Förderung von Studenten mit Kindern. Warum nicht Eltern im Studium ein besonderes Studenten-Elterngeld zahlen, ehe später für die Unterbrechung des Berufslebens große Beträge für das Elterngeld auszugeben sind?

## Fazit

Es gibt keine einfachen Lösungen oder Patentrezepte. Wir müssen die Anstrengungen zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf allen Ebenen massiv verstärken. Dabei sind eine ehrliche Bestandsaufnahme, ein realistischer Blick auf die Lebenswirklichkeiten in den Familien sowie mehr Kreativität und mehr Flexibilität aller Beteiligten unverzichtbar. Jeder einzelne sollte hierbei seine persönlichen Ansprüche, Vorstellungen und Möglichkeiten hinterfragen.

Die Generationen unserer Groß- und Urgroßeltern haben in wesentlich schwierigeren und unsichereren Zeiten deutlich mehr Kindern das Leben geschenkt als die jetzige Elterngeneration. Schieben wir also nicht allein die Schuld auf den Staat, der zu wenig für Familien tut! Und machen wir uns klar: Kinder verändern das Leben. Vieles wird anstrengender, aber auch viel schöner!

*Johannes Pöttering ist seit 2002 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union. Der Rechtsanwalt ist verheiratet und hat einen 10 Monate alten Sohn.*

## Ordnungspolitische Rahmenbedingungen für das Familienunternehmen

Die deutschen Familienunternehmen werden von allen international bekannten Ökonomen als „the world famous German Mittelstand“ gerühmt. Gerade in der zurückliegenden Finanzkrise sind sie diesem Ruf auch in sozialer Hinsicht in hohem Maße gerecht geworden. Trotz hoher Umsatz- und Ertragseinbrüche haben sie größere Entlassungen vermeiden können. Und doch gibt es manch kritische Stimme, die die Zukunftsfähigkeit dieses Unternehmenstyps in Frage stellt.

### **Zu Recht?**

Zunächst: Die Begriffe „Mittelstand“ und „Familienunternehmen“ sind nicht deckungsgleich. „Mittelstand“ ist ein Begriff aus dem Bereich der Soziologie. Er umfasst – schlicht ausgedrückt – die Bevölkerungsschicht zwischen reich und arm. Zum „Mittelstand“ gehören demnach neben kleineren Unternehmen auch Handwerker, Freiberufler, Land- und Forstwirte sowie Eigentümer von Wohnimmobilien und Kapitalvermögen, soweit die allerdings nirgends genau definierte Reichtumsgrenze nicht überschritten ist.

„Familienunternehmen“ dagegen sind ohne Rücksicht auf ihre Größe alle gewerblichen Betriebe, soweit sich deren Anteile in den Händen eines einzelnen oder einer bzw. mehrerer miteinander verbundenen Familien befinden. Geradezu wirklichkeitsfremd ist demgegenüber die Sichtweise der Europäischen Union. Die EU stellt lediglich die sogenannten kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in den Fokus ihrer Überlegungen. Als KMU gelten hiernach Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten, mit bis zu 50 Millionen Euro Umsatz oder mit einer Bilanzsumme unterhalb von 43 Millionen Euro (jeweils zwei Merkmale müssen erfüllt sein). Hierbei werden jedoch – wirtschaftlich betrachtet – Äpfel mit Birnen verglichen. So ist z.B. ein Handelsunternehmen mit einer Bilanzsumme von 43 Millionen Euro ohne größere volkswirt-

schaftliche Bedeutung; ein Produktionsunternehmen derselben Größe hat ebenfalls ökonomisch keinen herausragenden Stellenwert. Ein entsprechend ausgewiesenes Dienstleistungsunternehmen dagegen ist regional häufig marktbeherrschend, und damit wichtiger Bestandteil der über das Lokale hinausgehenden Infrastruktur.

Ausschlaggebend für die Bedeutung unserer Familienunternehmen ist jedoch die sogenannte „Königsklasse“. Dazu zählen – unabhängig von ihrer Größe – diejenigen Familienunternehmen, deren Interessenlage durch „Stichworte“ wie Erbschaftsteuer, Liquiditätsoptimierung, Kapitalmarktnähe, Eigentümerkontrolle und Globalisierung geprägt ist. In Deutschland sind dies etwa 12.000 bis 15.000 Betriebe, die sich meist in sehr speziellen Marktnischen bewegen, unter ihnen allein 1.200 Weltmarktführer. Diese Betriebe bieten die sichersten Arbeitsplätze, die meisten Ausbildungsplätze und die höchste Effizienz im Bereich von Forschung und Entwicklung. Besonders beeindruckend ist ihre Innovationsleistung. Die Kosten pro Patent sind hier fünfmal günstiger als im Großkonzern. Gleichzeitig entwickeln sie pro Mitarbeiter etwa sechsmal soviel Patente wie die großen anonymen Aktiengesellschaften. Dabei führt innerhalb dieser Zielgruppe Kreativität zu wichtigen Innovationen in jeglicher Hinsicht – man denke nur an die seinerzeitige Einführung der Portionsflasche durch Underberg, an völlig neue Bedienungsformen im Discount, an Produkte wie das faltbare Cabrio-Metallverdeck oder an die Benutzung neuer Werkstoffe wie beim Füllfederhalter aus Holz für unsere Schulkinder.

Der herausragende Stellenwert des deutschen Familienunternehmertums beruht auf einem über Jahrhunderte gewachsenen Wertekodex, den es mit aller Kraft zu verteidigen gilt. Dabei kommen die Gefahren aus stets wechselnden Richtungen. Derzeit geht es vor allem um eine Beschränkung der unternehmerischen Freiheit sowie um einen Angriff auf die Solidität der kaufmännischen Rechnungslegung.

### **Familienkodex: Nein, danke.**

In den angelsächsischen Ländern wird die Diskussion über „Corporate Governance“ bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten geführt. Dabei ver-

birgt sich hinter diesem Begriff die Forderung nach einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung. Verhindert hat diese Debatte die großen Skandale jedoch nicht. Diese haben sich vielmehr bezeichnenderweise in den USA, also gerade in einem Land abgespielt, in dem Corporate Governance seit langem in aller Munde ist. An Deutschland war die Problematik über viele Jahre unbemerkt vorübergegangen. Noch die fünfte Auflage des renommierten Sammelwerks „Handwörterbuch der Betriebswirtschaft“ aus dem Jahre 1993 erwähnte den Begriff Corporate Governance überhaupt nicht.

Nunmehr jedoch hat die Zunft der Unternehmensberater diese Materie entdeckt und versucht, sich hiermit ein neues Betätigungsfeld bei den deutschen Familienunternehmen zu eröffnen. Dabei bilden die Grundsätze der Corporate Governance – wenn auch nicht unter diesem Namen, wohl aber der Sache nach – bereits seit Generationen eine wichtige Zielorientierung der deutschen Familienunternehmer. Der seit geraumer Zeit durch eine Beratungsgesellschaft hierzu vorgelegte Textvorschlag eines einheitlich für alle deutschen Familienunternehmen geltenden Corporate Governance-Kodex bietet jedoch keinen brauchbaren Lösungsansatz. Anders als das von der Regierungskommission entwickelte Regelwerk ist der Einheitskodex für die Praxis unbrauchbar und in Zeiten politisch überbordender Vorgaben kontraproduktiv. Während der Cromme-Kodex seine Existenzberechtigung vor allem aus den zwischen den Gesellschaftern und den Organen börsennotierter Publikumsgesellschaften bestehenden Interessenkonflikten herleiten kann, gibt es für die Familienunternehmen eine solche Berechtigung nicht.

Ist zum Beispiel die Intransparenz der Kontrolle innerhalb börsennotierter Gesellschaften ein drängendes Problem, so ist die Situation im Familienunternehmen eine völlig andere. Hier funktioniert die Eigentümerkontrolle in aller Regel ausgezeichnet. Dort, wo das nicht der Fall ist, liegt dies nicht, wie im Großkonzern, an widerstreitenden Interessen, sondern an fehlenden betriebswirtschaftlichen Instrumentarien, oder – familienunternehmensspezifisch – an einer Blockade im Gesellschafterkreis. Somit ist die Erstellung eines eigenen Kodex für Familienunternehmen nicht nur überflüssig, sondern darüber hinaus gefährlich. Ein

solcher Kodex stellt für die persönliche, unternehmerische Freiheit der Eigentümer eine nicht zu unterschätzende Bedrohung dar, in dem fremde Dritte – Fremdgeschäftsführer, Betriebsräte, Banken, aber auch die Politik – den Kodex sozusagen als öffentliche Prüfliste für das individuelle Verhalten jeder einzelnen Eigentümerfamilie nutzen, mit dem Ziel, eine den jeweiligen Interessen Außenstehender dienende Gestaltung der Grundlagen des konkreten Familienunternehmens durchzusetzen.

### **HGB-Bilanzierung: Ade?**

Eine weitere Gefährdung der traditionellen Werte unserer Familienunternehmen bringt der zunehmende Einfluss angloamerikanischer Bilanzierungsmethoden mit sich. Dabei geht es keinesfalls nur um technische Feinheiten. Gefährdet ist vielmehr die Kernsubstanz des Eigentums, die das deutsche Familienunternehmen stark gemacht hat und es weltweit zum Vorbild kaufmännischer Solidität hat werden lassen.

Das im Familientunehmen nach wie vor praktizierte „Leitbild des ehrbaren Kaufmanns“ beruht auf den Grundsätzen des Gläubigerschutzes, der Bescheidenheit beim Erfolgsausweis und auf einer Stärkung der Kapitalkraft des Unternehmens durch zurückhaltende Bilanzierung im Bereich der Aktiva und einem risikoorientierten Ansatz der Passiva. Demgegenüber besitzt die angloamerikanische Bilanzierung mit ihrer Hinwendung zu mehr Transparenz, zu internationaler Vergleichbarkeit und zu einer allumfassenden Information der Anleger bei uns zu Recht einen sehr viel geringeren Stellenwert.

Im Gegenteil: Der deutsche Familienunternehmer scheut im Hinblick auf seine prinzipielle Wettbewerbsposition in engen Märkten diese Transparenz ebenso wie Publizität und Mitbestimmung. Dass diese prinzipielle Standortbestimmung keinesfalls Schwäche, sondern Stärke bedeutet, hat die Finanzkrise soeben schlagkräftig unter Beweis gestellt. Die Unternehmen, die den US-amerikanischen Bilanzregeln gefolgt sind, waren die größten Beschleuniger der Krise. Denn diese Unternehmen mussten in Folge einer starken Absenkung der Zeitwerte – insbesondere im Bereich der Beteiligungen – hohe zusätzliche Wertberichtigungen ge-

rade in Zeiten höchster Not ausweisen. Für die deutschen Unternehmen dagegen galt und gilt der volkstümliche Grundsatz: „Eine gute Bilanz ist in Wahrheit noch viel besser, eine schlechte Bilanz in Wahrheit noch viel schlechter.“ Bei diesem Grundsatz muss es bleiben.

An dieser Einstellung müssen die Familienunternehmen zur Sicherung ihrer Zukunftsfähigkeit festhalten. Ist schon das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) in vielfacher Hinsicht für unsere Familienunternehmen eine nur schwer verdauliche Kost – etwa das neue Bewertungswahlrecht hinsichtlich selbsterstellter, immaterieller Wirtschaftsgüter und die veränderte Behandlung von Aufwandsrückstellungen –, so bedeutet eine weitergehende Ausrichtung der Bilanzierung auf die maßgeblich vom Investoreninteresse getragenen US-amerikanischen Bilanzrichtlinien eine Aushöhlung der Wertebasis unserer Familienunternehmen.

Daher ist es mehr als erfreulich, dass sich eine Vereinigung von mehr als 70 bedeutenden Unternehmen (VMBEF e.V.) unter der Führung des Bilanzexperten Frank Reuther generell für die traditionelle Werthaltung im Bereich der Bilanzierung einsetzt. Andererseits geht ein dringender Appell an die Politiker, sich keinesfalls dem Druck der ausländischen Finanzinvestoren in Richtung einer „fair-value-Bilanzierung“ zu beugen. Einer solchen, dem Prinzip des ehrbaren Kaufmanns krass zuwiderlaufenden Entwicklung, gilt es seitens unserer Bundesregierung kompromisslos entgegenzuwirken.

*Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes ist seit 2002 Vorstand der gemeinnützigen Stiftung Familienunternehmen.*



## Was wir jetzt brauchen: Leitkultur statt Multikulti

Özil, Cacau, Podolski, Khedira, Boateng, Marin, Klose, Tasci, Trochowski und Co. – spätestens seit der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika gilt die deutsche Nationalmannschaft als Musterbeispiel für gelungene Integration. Nie zuvor trugen so viele Spieler, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, den Bundesadler auf der Brust. Das mit Platz drei unerwartet erfolgreiche Abschneiden der Nationalmannschaft kann als leuchtendes Vorbild für die Gesellschaft stehen. Nie zuvor war eine gelungene Integration so wichtig wie heute.

Rund 15,3 Millionen Migranten aus 200 unterschiedlichen Nationen leben heute in Deutschland. Dazu gehört zunächst die große Gruppe der sogenannten Gastarbeiter, die vor mehr als 50 Jahren – vor allem aus der Türkei und Südeuropa – zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft angeworben wurden, sowie deren Nachfahren. Von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 kamen etwa 14 Millionen Arbeitsmigranten nach Deutschland. Alle, auch die Migranten selbst, gingen zunächst davon aus, dass diese mit dem hier verdienten Geld und mit entsprechenden Perspektiven in ihre jeweiligen Herkunftsländer zurückkehren würden. Doch rund drei Millionen Gastarbeiter blieben dauerhaft und holten später auch ihre Familien nach. Aus ausländischen Gastarbeitern wurden Deutsche mit Migrationshintergrund. Die zweite große Gruppe der Zuwanderer stellen die (Spät-)Aussiedler, die insbesondere nach der Wiedervereinigung aus Ost- und Mitteleuropa ins Land ihrer Vorfahren zurückkamen, seit 1950 etwa 4,5 Millionen Menschen. Dritte große Zuwanderungsgruppe sind die Asylbewerber und Flüchtlinge: Von 1953 bis 2009 sind rund 3,3 Millionen Asylanträge in Deutschland gestellt worden.

Insgesamt sind in den vergangenen Jahrzehnten Millionen von Menschen als Arbeitnehmer oder aus humanitären Gründen nach Deutsch-

land gekommen. Viele Zuwandererfamilien haben längst ihren Platz in der deutschen Gesellschaft gefunden. Doch bleiben starke Defizite in der Integrationspolitik festzustellen. Zu lange haben Deutsche und Zuwanderer die Probleme, die sich aus einer Zuwanderung ohne Integration ergeben, ignoriert. Nur so konnte es dazu kommen, dass viele Zuwanderer die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen und dadurch überdurchschnittlich oft Probleme in Schule, Ausbildung und beruflicher Integration entstehen. Nur so konnte es zu gesellschaftlicher Abschottung oder gar zu „Parallelgesellschaften“ kommen. Die rot-grüne Multikulti-Politik ist gescheitert! Die unionsgeführten Bundesregierungen seit 2005 haben der Integrationspolitik einen neuen Stellenwert beigemessen: Die Schaffung einer Integrationsbeauftragten als Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, die Einberufung der Deutschen Islamkonferenz sowie die Organisation eines Integrationsgipfels sind ein sichtbares Zeichen des Engagements von CDU und CSU. Die Verständigung auf einen „Nationalen Integrationsplan“ wird dazu beitragen, die Bildungschancen und Perspektiven der Migranten in Deutschland erheblich zu verbessern. Die rund 400 Selbstverpflichtungen, auf die sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit Migrantenorganisationen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und weiteren gesellschaftlichen Interessengruppen geeinigt haben, bieten Orientierung und Hilfe für die Eingliederung der hier lebenden Zuwanderer. Diese Ergebnisse sind ein wichtiger Schritt zu einem stärkeren Miteinander in unserer Gesellschaft.

Ein grundlegender Paradigmenwechsel bei der Integration der Zuwanderer war dringend notwendig. Bereits jetzt besteht ein Fachkräftemangel in vielen Wirtschaftsbereichen, der sich aufgrund der demographischen Entwicklung und des weltweiten Wettbewerbs um die besten Köpfe noch erhöhen wird. Um die wirtschaftliche Stärke unseres Landes zu erhalten und weiter auszubauen, muss das Potenzial aller in Deutschland lebenden Bürger stärker genutzt werden. Gleichzeitig gilt es, sich auch für eine gesteuerte Zuwanderung zu öffnen. Wir brauchen ausländische Fachkräfte, aber keine Einwanderer in die Sozialsysteme. Integration gelingt nicht automatisch, sie kann auch nicht einfach „von oben“ verordnet werden. Nur mit einem umfassenden systematischen

Ansatz in der Integrationspolitik kann es gelingen, die Fähigkeiten und Potenziale der Menschen aus Zuwandererfamilien gezielt zu fördern. Die Union steht dabei für ein politisches Gesamtkonzept, das Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Familien- und Bildungspolitik zu einer neuen Integrationspolitik verknüpft. Dabei besteht Integration immer aus einem Mix aus Fordern und Fördern. Wichtig ist es hierbei besonders, die jungen Menschen und ihre Familien in den Blick zu nehmen. Jedes dritte Kind unter sechs Jahren – in Ballungsgebieten sogar mehr als 40 Prozent der Kinder – haben einen Migrationshintergrund. Daher sollen im Folgenden insbesondere die Maßnahmen zur besseren Integration von Migrantenfamilien und zur Verbesserung der Bildungschancen junger Migranten genauer beleuchtet werden.

### **Sprachförderung verbessern**

Das Erlernen der deutschen Sprache nimmt bei der Integration eine Schlüsselstellung ein. Denn Sprache ist die Voraussetzung für schulischen und beruflichen Erfolg. Daher setzen wir uns als Junge Union für verpflichtende Sprachtests bei der Einschulung ein. Neben der sprachlichen Förderung bei erwachsenen Zuwanderern – hier haben die 2005 verpflichtend eingeführten Integrationskurse zu einem enormen Fortschritt geführt – ist dabei die kontinuierliche und systematische Förderung der deutschen Sprache beginnend in der Familie, ergänzt und fortgeführt in Kindertageseinrichtungen und aufbauenden Bildungsinstitutionen ein vordringliches Arbeitsfeld der Integrationspolitik.

Kindern mit Migrationshintergrund fehlt oft die Gelegenheit, bereits in den ersten Lebensjahren die deutsche Sprache zu lernen. Untersuchungen zeigen, dass fast jedes zweite Kind aus einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte bei der Einschulung nicht oder nur fehlerhaft deutsch spricht. Damit sind diesen Kindern die Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg bereits so gut wie genommen, bevor dieser Weg überhaupt richtig begonnen hat. Nur wer seinen Lehrer versteht, kann dem Unterricht auch folgen. Um diesem Problem zu begegnen, sind zunächst einmal die Eltern in die Pflicht zu nehmen. Eltern sind in allen Phasen der sprachlichen Bildung wichtig und in ihrer Verantwor-

tung von Anfang an gefordert.

In den letzten Jahren gab es erfolgreiche Projekte, die zeigen, dass das rechtzeitige Informieren der Eltern diese in ihren Erziehungsaufgaben unterstützt. Dazu zählen neben einer intensiven Beratung und frühzeitigen Aufklärung über die Bedeutung der sprachlichen Frühförderung, z.B. durch Migrantenorganisationen und in Mehrgenerationenhäusern, Familienzentren etc. auch die aufsuchende Betreuung durch speziell qualifizierte Fachkräfte, mit der eine grundlegende und nachhaltige Verbesserung der Situation von Kindern erreicht werden kann. Dabei ist es besonders wichtig, dass diese Angebote niedrigschwellig und zielgruppenorientiert ausgestaltet werden. Neben der Aufklärung ist das Beherrschen der deutschen Sprache durch die Eltern selbst, die wichtigste Voraussetzung, dass diese ihre Verantwortung gegenüber ihren Kindern ausreichend wahrnehmen können. Daher ist es erfreulich, dass etwa 65 Prozent der Teilnehmer an den Integrationskursen Frauen sind, die in vielen Migrantenfamilien, in denen eher traditionelle Rollenbilder gepflegt werden, erste Ansprechpartner für die Erziehung der Kinder sind. In vielen Bundesländern gibt es mittlerweile Projekte wie z.B. „Mama lernt Deutsch – Papa auch“, bei denen die Eltern ausländischer Herkunft besser vorbereitet sollen, die schulische und berufliche Integration ihrer Kinder zu unterstützen. Sie werden darüber informiert, was Kindertageseinrichtungen und Schulen von Eltern und Kindern erwarten. Somit wird die Kooperation zwischen Erziehern, Lehrkräften, Eltern gestärkt, den Eltern werden bessere Partizipationsmöglichkeiten eröffnet.

Studien haben ergeben, dass der frühzeitige Besuch einer Kindertageseinrichtung für die Sprachkompetenz der Kinder förderlich sein kann. Haben Kinder nicht ausreichende Gelegenheit, Deutsch zu hören und zu sprechen, kann kein Spracherwerb stattfinden. Daher ist es wichtig, bei den Eltern u.a. im Rahmen der genannten Informations- und Beratungsangebote, für einen frühzeitigen Besuch einer Kindertageseinrichtung zu werben. Während 94 Prozent der 3- bis 6-Jährigen ohne Migrationshintergrund einen Kindergarten besuchen, sind es nur 83 Prozent der gleichen Altersgruppe mit Migrationshintergrund. Bei den unter 3-Jährigen ist die Diskrepanz noch deutlicher. Wie auch bei

deutschen Familien besuchen Migrantenkinder aus bildungsfernen Milieus noch seltener Betreuungseinrichtungen. Hier gilt es, zielgruppenspezifisch für den Kindergartenbesuch als Chance zu werben. Zwar wäre auch ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr ein wirksamer Anreiz. Dies ist allerdings bei der derzeitigen Lage der öffentlichen Haushalte nur schwer finanzierbar.

Damit in den Kindergärten eine aktive und individuelle Förderung möglich ist, sind einige Voraussetzungen zu erfüllen: Kapazitäten – sowohl finanziell als auch personell – müssen angepasst werden. Mehr Erzieherinnen und Erzieher mit eigenem Migrationshintergrund können für mehr kulturelle Sensibilität sorgen. Ebenso muß die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieher für das neue Aufgabenfeld der Sprachförderung verbessert werden. Es ist richtig, dass die Bundesregierung an ihrem Ziel festhält, die Versorgungsquote für Unter-3-Jährige bis 2013 auf 35 Prozent zu erhöhen. Damit wird künftig für gut ein Drittel der Kinder ein Betreuungsplatz vorhanden sein. In vielen Bundesländern sind gezielte Sprachförderungen in den Kindertageseinrichtungen schon Gesetz. Derartige pädagogische Konzepte und Materialien müssen jedoch regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls optimiert werden. Auch die Ankündigung von Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder MdB, 4.000 Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten mit Teilzeitkräften für die gezielte Sprachförderung von Kindern aus Einwanderer- und bildungsfernen Familien auszustatten, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Gerade in Ballungsräumen gibt es Einrichtungen mit überwiegenden oder hohem Anteil an Migranten, die eine spezielle personelle und finanzielle Unterstützung benötigen.

Ziel aller Fördermaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen muss es sein, dass alle Kinder mit ausreichenden Sprachkenntnissen den Übergang in die Schule meistern. Das letzte Kindergartenjahr hat hier eine wichtige Brückenfunktion. Eine Einschulung sollte nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen erfolgen. Hierzu sind verpflichtende Sprachstandserhebungen im Übergang wichtig und notwendig. Ihre Ergebnisse sollten in der Schule dazu genutzt werden, die noch bestehenden Defizite gezielt zu beseitigen.

## Bildung und Ausbildung

Die Abhängigkeit des Bildungserfolges der sozialen Herkunft ist trotz vieler Maßnahmen in Deutschland gerade bei Migranten im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch: So haben 15 Prozent der ausländischen Schulabgänger keinen Schulabschluss – bei den Deutschen sind es nur 6,2 Prozent. 12,3 Prozent der ausländischen Mitbürger besitzen die Hoch-/Fachhochschulreife – bei den Deutschen sind es 32,1 Prozent. Im Jahr 2000 besuchten von den 15-Jährigen ohne Migrationshintergrund knapp 17 Prozent eine Hauptschule und etwa 33 Prozent ein Gymnasium. Von den Schülern mit Zuwanderungshintergrund waren 32 Prozent in der Hauptschule und 25 Prozent im Gymnasium. Diese Koppelung der Bildungschancen und -verläufe mit Merkmalen sozialer, sprachlicher und ethnischer Herkunft muss überwunden werden.

Notwendig ist ein konsequent auf individuelle Förderung gerichtetes Bildungssystem. Ständige Schulstrukturdebatten über die Einführung einer Einheitsschule und die Abschaffung des etablierten, differenzierten Schulsystems sind daher irreführend. Wer die Hauptschule abschafft, schafft damit nicht die Hauptschüler, die heute vielfach einen Migrationshintergrund haben, ab. Stattdessen gilt es im vorhandenen System, jedes Kind nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten zu fördern. Dabei ist die Durchlässigkeit unseres Schulsystems beizubehalten. Das Bildungssystem muss nachhaltig über ausreichende Ressourcen verfügen können, um den gewachsenen Anforderungen zu entsprechen. Daher sollten die mittel- und langfristig aufgrund der demografischen Entwicklung und der damit verbunden rückläufigen Schülerzahlen frei werdenden Mittel – die sogenannte demographische Dividende – für die Verbesserung der schulischen und beruflichen Bildung genutzt werden. Der verstärkte Ausbau von Ganztagsangeboten kann helfen, Schülern mit Migrationshintergrund noch besser zu fördern. Schulen in besonderen sozialen Brennpunkten brauchen eine besondere Unterstützung (mehr geschultes Personal, Sozialarbeiter, kleinere Klassengrößen).

Besonders hohe Bedeutung zur Unterstützung integrativer Arbeit kommt auch in der Schule der Zusammenarbeit mit den Eltern, gerade

mit Migrationshintergrund, zu. Dadurch kann die Eigenverantwortung gestärkt und Rückzugstendenzen entgegengewirkt werden. Viele Eltern mit Migrationshintergrund sind bereit, in erheblichem Maße in die Bildung ihrer Kinder zu investieren. Dies muss genutzt und gefördert werden, um sie als Partner für Bildung und Erziehung zu gewinnen und zu qualifizieren. Entsprechende Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote sollten verstärkt werden, beispielsweise auch um Sprachkurseangebote der Schulen für Eltern. Darüber hinaus gilt es, Migrantenorganisationen als Dialogpartner, Brückenbauer oder Bildungspaten auch zur Überwindung familiärer Bildungsbarrieren zu beteiligen. Auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als Erzieher und Lehrer können als Vorbilder interkulturelle Erziehungskompetenzen einbringen. Unabdingbar ist zudem ein offenes Miteinander in allen Schulfächern. Migranten müssen die hier vorherrschenden christlichen Werte und Traditionen anerkennen. Die Ablehnung eines Kreuzifixes oder die Einführung eines Religionsunterrichtes ohne Absprache mit einem zentralen Dachverband einer Religionsgemeinschaft sind Belege für ein verfehltes Miteinander.

Kommunales Bildungsmanagement kann dazu führen, die Probleme zu entschärfen. Zu Problemen wie an der Berliner Rütli-Schule darf es nicht mehr kommen. Vorbildliche Vorstöße einiger anderer Berliner Schulen, in Einvernehmen mit Schülern, Lehrern und Eltern ein Deutschgebot einzuführen, müssen bundesweit von Schulen aufgegriffen werden. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass sowohl in den Klassenzimmern mit Ausnahme des Fremdsprachenunterrichts, als auch auf dem Schulhof ausschließlich deutsch gesprochen wird!

Besonderes Augenmerk muss auch Jungen aus bildungsfernen Familien und aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte gelten, denen oft positive männliche Rollenvorbilder fehlen. Ihre oft unterdurchschnittliche Lese- und Sprachkompetenz hemmt den Schulerfolg. Schwächen in der Kommunikation und im sozialen Verhalten kommen hinzu. Kombinierte Sport- und Bildungsangebote sowie die Vermittlung von Medienkompetenz – insbesondere zur Vorbeugung gegen Gewalt – können helfen. Auch im Bereich der beruflichen Bildung haben Jugendliche mit Migrationshintergrund bisher nicht die gleichen Chancen wie Jugendliche

ohne Migrationshintergrund. So machten im Jahr 2005 23,7 Prozent der Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine Ausbildung, bei den Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit waren es zum Vergleich 57,5 Prozent. 41 Prozent der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben keinen beruflichen Bildungsabschluss. Bei Personen ohne Migrationshintergrund sind dies 15 Prozent. Dieses Missverhältnis macht sich auch in unterschiedlich hohen Arbeitslosenquoten bemerkbar. Während diese unter Deutschen bei 6,0 Prozent liegt, liegt sie unter den ausländischen Mitbürgern auf einem ungleich höheren Niveau von 15,6 Prozent. Auch das Armutrisiko bei der ausländischen Bevölkerung ist viel höher als bei Deutschen: 31,1 Prozent der Ausländer müssen mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen. Bei den Deutschen sind dies nur zehn Prozent.

### **Rolle der Frau stärken – häusliche Gewalt bekämpfen**

Etwa die Hälfte der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sind Mädchen und Frauen. Viele von ihnen sind gut integriert, viele – gerade Frauen und Mädchen aus der zweiten und dritten Migrationsgeneration – orientieren sich mehr an modernen, partnerschaftlichen Rollenleitbildern als an tradierten, patriarchalisch geprägten. Viele von ihnen tragen elterliche Verantwortung; oftmals sind gerade sie es, die die Integration der nächsten Generation prägen. Die Potenziale der Migrantinnen sollten genutzt werden. Ohne angemessene Berücksichtigung der Rolle von Frauen und Mädchen im Integrationsprozess, ihrer besonderen Probleme und ihrer spezifischen Bedürfnisse kann Integration nicht gelingen. Ziel aller zu initiierten Maßnahmen muss daher die Verbesserung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Frauen und Mädchen sein. Migrantinnen selbst können am besten Auskunft geben, wo sie Handlungsdefizite im Hinblick auf ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sehen. Daher ist es wichtig, sie und ihre Selbstorganisationen stärker als bisher in den Integrationsprozess einzubeziehen. Angebote und Maßnahmen, die deren besonderen Potenziale und Ressourcen aufgreifen, müssen gemeinsam mit ihnen und nicht für sie konzipiert werden.

Die Medienberichterstattung über tragische Fälle von Gewalt gegen Frauen, sogar bis zum „Ehrenmord“, führten klar vor Augen, dass Migrantinnen häufig in besonderer Weise Gewalt und Zwang ausgesetzt sind. Häusliche Gewalt und Zwangsverheiratung betreffen Migrantinnen vielfach. Betroffen sind Frauen und Mädchen, die noch am Anfang des Integrationsprozesses stehen, daneben aber auch und gerade Migrantinnen, deren Lebenseinstellung und Lebensweise nicht mehr den von Kultur und Sitten der Heimat ihrer Eltern geprägten Erwartungen in Familie und sozialem Umfeld entsprechen. Opfer sind auch Männer, deren Familien die Zwangsverheiratung als erzieherische Maßnahme einsetzen wollen. Häusliche Gewalt und Zwangsverheiratungen stehen im klaren Widerspruch zu unserer Rechtsordnung. Sie dürfen nicht toleriert und müssen konsequent verfolgt werden. Informationsangebote müssen die Frauen und Mädchen dazu befähigen, von ihrem Selbstbestimmungsrecht tatsächlich Gebrauch zu machen. Das Wissen, dass bestimmte Regelungen und Normen, denen sie in ihrem familiären Umfeld unterworfen sind, mit der deutschen Rechtsordnung nicht vereinbar sind, ist wesentliche Voraussetzung dafür, sich aus Zwängen und Gewaltbeziehungen zu lösen. Dabei sind insbesondere die Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften gefordert.

## Fazit

Das Thema der Integration wurde in den vergangenen Jahrzehnten von allen politischen Kräften stiefmütterlich angefasst. Nachdem der ideologische rot-grüne Ansatz einer multikulturellen Gesellschaft ohne jedes Wertefundament endgültig an der Realität gescheitert ist, scheint die pragmatische Politik des Förderns und Forderns der unionsgeführten Bundesregierungen Früchte zu tragen. Zuwanderer müssen die Werte und Traditionen Deutschlands achten und akzeptieren. Ein Bekenntnis zu den Werten des Grundgesetzes muss eine Selbstverständlichkeit sein.

Politik kann jedoch nur die Rahmenbedingungen setzen. Integration bleibt in erster Linie Aufgabe der Migranten selbst. Dort wo die Integration offensichtlich gescheitert ist, bedarf es dann aber auch staatlicher Sanktionen. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass sich über Jahrzehnte

hinweg in manchen Stadtteilen Parallelgesellschaften gebildet haben, deren Folgegeneration sich ebenso in den Sog aus schulischen Versagen, beruflicher Perspektivlosigkeit, Kriminalität, Gewalt und Drogen hinein bewegen.

Die Schlüsselkompetenzen für eine gelungene Integration bleiben das Beherrschen der deutschen Sprache und eine gute Bildung. Wir müssen die Potenziale aller Bürger in unserem Land nutzen. Damit Deutschland Integrationsland wird.

*Henrik Bröckelmann ist seit 2006 Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union, Younes Ouaqasse war von 2008 bis 2010 Bundesvorsitzender der Schüler Union.*





